Hamburg, 25. März 1916 | Nr. 13 • 28. Jahrgang

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50. Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰, für Versammlungsanzeigen 10 ₰ pro Zeile.

Einer vertragslosen Zeit entgegen!

Als der Staatssekretär des Innern, Exzellenz Dr. Delbrück, im November 1915 sich mit dem Hinweise an die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes wandte, es liege im öffentlichen Interesse, daß der Eintritt einer tariflosen Zeit vermieden werde, und gleichzeitig seine Absicht kundgab, zu einer geeigneten Zeit gemeinsame Verhandlungen der Parteien anregen zu wollen, um dem mißlichen Zustande der Tariflosigkeit vorzubeugen, haben sich die Zentralinstanzen unseres Verbandes eingehend mit der Sachlage beschäftigt und sich bereiterklärt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Diese haben, wie im „Zimmerer" bereits berichtet worden ist, am 11. und 12. Februar dieses Jahres stattgefunden. Sie haben zu einem abschließenden Ergebnis nicht geführt, weil die Vertreter des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eine ungenügende Teuerungszulage in Vorschlag brachten und daran festhielten, welche die Arbeitervertreter in Anbetracht der überaus großen Notlage vor ihren Kameraden nicht vertreten konnten. Das offizielle Protokoll über jene Verhandlungen (abgedruckt im „Zimmerer" Nr. 8 laufenden Jahrgangs) erweckte hingegen den Anschein, als seien die Verhandlungen an den Forderungen der Arbeitervertreter gescheitert. Wiederum nahmen die Zentralinstanzen unseres Verbandes Stellung und kamen überein, zunächst unsere Verbandsmitglieder in den Zahlstellen zu Worte kommenzulassen. Sie haben sich allerwärts mit der Haltung der Arbeitervertreter bei jenen Verhandlungen einverstanden erklärt und sich dahin geäußert, daß das Angebot des Arbeitgeberbundes in keiner Weise befriedigen kann und nicht angetan ist, die große Notlage der Arbeiter fühlbar zu lindern. Unsere Kameraden haben sich aber auch damit einverstanden erklärt, daß, falls weitere Verhandlungen an zentraler Stelle stattfinden sollten, dann auch unsere Vertreter wieder daran teilnehmen möchten. Abgelehnt wurde jedoch ein Vertrag um jeden Preis.

Inzwischen hat der Arbeitgeberbund auf seiner 17. Hauptversammlung sich einseitig auf eine vertraglose Zeit eingerichtet und entgegen seiner früheren Stellungnahme beschlossen, vor Ablauf des Tarifvertrages den von seinen Vertretern in den zentralen Tarifverhandlungen gemachten Vorschlag durchzuführen und vom 15. März ab auf die Tariflöhne Kriegszulagen, und zwar in Tariforten bis zu 5000 Einwohnern pro Stunde 4 ₰, in allen übrigen Tarifgebieten mit neunstündiger Sommerarbeitszeit 6 ₰ pro Stunde, mit über neunstündiger Sommerarbeitszeit 5 ₰ pro Stunde „freiwillig zu gewähren". Im selben Beschluß heißt es weiter, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sei nach wie vor Anhänger des Tarifvertrages und bereit, über die Verlängerung des bestehenden Reichstarifvertrages zu verhandeln, sobald von irgendeiner Seite Anregung dazu gegeben werde. Bis zum 31. März will der Arbeitgeberbund alle Bestimmungen des Tarifvertrages in Kraft lassen. „Falls bis dahin der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe nicht verlängert wird, werden (einseitig vom Vorstand des Arbeitgeberbundes) Arbeitsbedingungen aufgestellt und den (seinen) Mitgliedern zugesandt werden." Nach Ablauf des Tarifvertrages will der Arbeitgeberbund ferner da, wo es die Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, den Arbeitern Gelegenheit geben, durch Verlängerung der Arbeitszeit ihren Verdienst zu erhöhen. — Es gehört keine besondere Deutungskunst dazu, um herauszufinden, daß diesen Beschlüssen nicht die Absicht zugrunde liegt, „dem mißlichen Zustand der Tariflosigkeit vorzubeugen". Das ergibt sich übrigens auch aus der Tatsache, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes die Gewerkschaften von der Stellungnahme seines Bundes nicht in der sonst üblichen Weise in Kenntnis gesetzt hat, sondern er hat ein Rundschreiben an seine Mitglieder in der Presse publiziert, das auch im „Zimmerer" Nr. 11 laufenden Jahrgangs abgedruckt ist, worin die vorstehend angedeuteten vollzogenen und beabsichtigten Bundesmaßnahmen umschrieben werden. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes hat somit gewissermaßen die diplomatischen Beziehungen zu den Gewerkschaften abgebrochen, um damit den latenten Kriegszustand anzukündigen.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bewegt sich offensichtlich auf den Bahnen, die seinerzeit in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" Nr. 47 vom 21. November 1915 in einem „Der Tarifablauf im Baugewerbe" überschriebenen Artikel vorgezeichnet sind. Eine Ideengemeinschaft zwischen genanntem Blatte und dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, die sich in der angedeuteten Richtung bewegt, konnten wir auch in unserm Nachwort zu den zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe („Zimmerer" Nr. 9 laufenden Jahrganges) feststellen. Uebrigens wurde auch während der zentralen Tarifverhandlungen am 12. Februar mitgeteilt, daß der Arbeitgeberbund keine Veranlassung zu haben glaube, sich vor einer tariflosen Zeit zu scheuen, eine wirksame Lohnbewegung während des Krieges sei nicht durchzuführen, die weitere Entwicklung in dieser Hinsicht schrecke ihn nicht ab. Genug, das Vorhaben des Arbeitgeberbundes war von vornherein zu merken, es trat immer deutlicher hervor und ist nunmehr offenbar. Er stellt die Gewerkschaften vor die zwar fadenscheinig verhüllte, aber doch kategorische Wahl, sich entweder seinem Willen zu fügen oder eine vertragslose Zeit hinzunehmen. Man kann darüber im Zweifel, oder vielleicht richtiger gesagt, kaum noch im Zweifel sein, ob sich diese der bisherigen Entwicklung widersprechende Haltung des Arbeitgeberbundes bloß gegen die Arbeiter richtet oder auch gegen einen andern in Frage kommenden Faktor. Außerordentlich auffällig war ja seinerzeit, daß fast gleichzeitig mit dem Schreiben des Staatssekretärs des Innern vom 19. November 1915 in der „Arbeitgeberzeitung" vom 21. November der Artikel erschien: „Der Tarifablauf im Baugewerbe." Er mutet wie eine Zurechtweisung des Staatssekretärs an. Ebenso bekommt der Satz in der Erklärung der Vertreter des Arbeitgeberbundes vom 11. Februar: „Es sei dem Unternehmer nicht möglich, diese erhöhten Kosten (die Teuerungszulage) ganz auf die Auftraggeber abzuwälzen, er müsse deshalb die Zulage in der Hauptsache aus seinem Vermögen leisten", einen entsprechenden Sinn, wenn man weiß, daß das Reichsamt des Innern eine Teuerungszulage von M. 3 pro Woche notwendig hielt. Und es scheint fast wie eine Art Bosheitspolitik, daß Herr Noack demgegenüber die Unterbilanz der baugewerblichen Arbeiter pro Woche auf M. 5,14 berechnete. Die Reichsregierung hat ja mit der Anregung der Tarifverhandlungen in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eingegriffen und damit scheinbar gewissen Leuten vor den Bauch gestoßen, die eine feindliche Arbeiterpolitik der Regierung wünschen und erstreben.

Hat man diese tatsächlichen und vermutlichen Zusammenhänge vor Augen, dann berührt die Ruhmredigkeit, der Arbeitgeberbund habe eine Teuerungszulage freiwillig gewährt, recht sonderbar. Allein es kommt wirklich nicht viel darauf an, wie die Teuerungszulage zustande gekommen ist, vielmehr darauf, daß sie nicht als Ruhmredigkeit verpufft, sondern tatsächlich gezahlt wird. Das zu kontrollieren, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Kameraden, worauf unser Zentralvorstand in der vorigen Nummer des „Zimmerer" in einer Bekanntmachung hingewiesen hat und an die hiermit nachdrücklichst erinnert wird. Daß die Teuerungszulage nicht befriedigen kann, haben bei den zentralen Verhandlungen sowohl Herr Geheimrat Aurin wie Herr Noack statistisch dargetan (vergleiche unsern Leitartikel in voriger Nummer). Nachforderungen dürften bei der immensen Teuerungssteigerung nicht lange auf sich warten lassen. Immerhin, wir schreiben dies nicht, um Nachforderungen anzuregen, sie ergeben sich im großen Drange der Verhältnisse von selbst, uns kommt es hingegen darauf an, auf die Kompliziertheit der ganzen Situation aufmerksam zu machen, die man immer vor Augen haben muß, wenn Fehlgriffe vermieden werden sollen und man sich davor schützen will, dem Gegner in die Hände zu arbeiten. In den Arbeitgeberorganen wird nicht umsonst eine so provozierende Sprache geführt! Zunächst muß, wie in voriger Nummer des „Zimmerer" unser Zentralvorstand bekanntmachte, allerwärts festgestellt werden, wie sich nach dem 15. März die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Wirklichkeit gestalten, bevor weitere Schritte unternommen werden. Eine vertragslose Zeit darf nicht auch zur Desorganisation führen, zu dem Ziel, das der Arbeitgeberbund unverkennbar mit seinen Maßnahmen erstrebt. Hingegen ist gerade in einer solchen Zeit die Straffheit und Lebendigkeit der Organisation die erste Voraussetzung für den Erfolg aller einschlägigen Maßnahmen. Die deutsche Zimmererbewegung hat schon so viele harte Situationen überwunden, sie wird bei innerer Geschlossenheit und Lebendigkeit auch mit der vom Arbeitgeberbund und seinen Hintermännern von langer Hand vorbereiteten gegenwärtigen Situation fertig werden.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 11. März 1916.

703 Zahlstellen haben die Karte Nr. 5 für den 11. März eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 55 940. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 11. März 36 998 oder 66,14 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren bis 20. März 2065 Mitglieder. Arbeitslos waren am 11. März 851 Mitglieder, dagegen standen 17 570 Mitglieder in Arbeit und 531 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 18 942 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 4,49 pZt., krank 2,75 pZt., und in Arbeit standen 92,76 pZt. 117 oder 13,75 pZt. der Arbeitslosen waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit.

Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten: Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten: Mitglieder	Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind: zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank	Von den Arbeitslosen (Spalte 5) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
1	2	3	4	5	6	7	8
Ostpreußen	13	1171	686	16	464	5	—
Westpreußen	11	1366	875	51	429	11	21
Brandenburg	68	5427	3307	75	1984	61	31
Pommern	45	1668	1097	56	502	13	6
Posen	16	457	343	15	99	—	6
Schlesien	52	3726	2659	48	999	20	5
Sachsen	64	3958	2495	25	1423	15	3
Schleswig-Holstein	42	2109	1440	27	617	25	1
Hannover	48	2608	1821	43	722	22	3
Westfalen	22	1150	843	2	295	10	—
Hessen-Nassau	17	2235	1571	4	652	8	—
Rheinland	18	2272	1529	10	715	18	—
Preußen	416	28147	18666	372	8901	208	76
Bayern	50	3497	2318	61	1078	40	5
„ (Rheinpfalz)	4	283	156	2	119	6	—
Sachsen	58	11088	7075	276	3603	134	19
Württemberg	12	1245	861	7	372	5	—
Baden	4	855	621	—	222	12	—
Hessen	7	624	436	3	181	4	—
Mecklenburg-Schwerin	48	1494	855	46	565	28	—
Sachsen-Weimar	11	774	562	1	206	5	—
Mecklenburg-Strelitz	9	261	139	6	110	6	—
Oldenburg	10	657	500	2	151	4	—
Braunschweig	13	600	351	11	236	2	5
Sachsen-Meiningen	8	340	258	—	79	3	—
„ -Altenburg	8	440	329	1	107	3	1
„ -Coburg-Gotha	7	561	362	4	183	12	—
Anhalt	10	440	298	5	132	5	—
Schwarzburg-Sondersh.	2	84	67	1	16	—	—
„ -Rudolstadt	6	192	148	2	42	—	—
Waldeck	2	26	25	—	1	—	—
Reuß ä. L. (Greiz)	2	110	95	—	14	1	—
„ j. L. (Gera)	3	215	143	—	71	1	—
Schaumburg-Lippe	3	74	55	—	18	1	—
Lippe-Detmold	3	54	43	1	10	—	—
Lübeck	2	303	183	4	110	6	1
Bremen	1	1119	791	—	315	13	—
Hamburg	2	2187	1453	30	684	20	10
Elsaß-Lothringen	2	270	208	16	44	2	—
Deutsches Reich	703	55940	36998	851	17570	521	117

Seit dem 26. Februar ist die Arbeitslosenziffer zurückgegangen von 5,52 auf 4,49 pZt. Die Krankenziffer ist nur wenig verändert, sie stand am 26. Februar auf 2,62 und steht nach dem neuesten Ergebnis auf 2,75 pZt. Der Prozentsatz der in Arbeit stehenden Mitglieder hat sich entsprechend dem Rückgang der Arbeitslosenziffer erhöht. Von je 100 noch vorhandenen Verbandsmitgliedern, die von den Feststellungen erfaßt sind, standen am 26. Februar 91,86 in Arbeit, 2,62 waren krank und 5,52 arbeitslos. Am 11. März standen von je 100 Mitgliedern 92,76 in Arbeit, 2,75 waren krank und 4,49 arbeitslos.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen erfaßt am

15. Januar	88,40 pZt.	der Zahlstellen,	90,78 pZt.	der Mitglieder
29. „	85,71 „	„ „	88,84 „	„ „
12. Februar	85,10 „	„ „	88,29 „	„ „
26. „	86,20 „	„ „	89,15 „	„ „
11. März	85,84 „	„ „	89,26 „	„ „

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 11. März nicht oder zu spät eingesandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Ostpreußen: Braunsberg.
Westpreußen: Graudenz.
Brandenburg: Dahme, Mittenwalde, *Neuruppin, Oranienburg, Prenzlau.
Schlesien: *Freyhan, Guhrau, Jauer, *Kolzig, Strehlen.
Provinz Sachsen: *Liebenwerda, Staßfurt.
Schleswig-Holstein: Brunsbüttel, Burg i. Dithm., Hadersleben, *Husum, Oldesloe, Pinneberg, Segeberg, *Uetersen.
Hannover: Bramsche, Emden.
Westfalen: Bad Oeynhausen.
Bayern: *Hof.
Rheinpfalz: Landau.
Königreich Sachsen: Bischofswerda.
Württemberg: Ulm.
Baden: Freiburg, *Konstanz, Lahr.
Mecklenburg-Schwerin: Neukalen.
Hamburg: Bergedorf, *Cuxhaven.
Elsaß-Lothringen: Colmar, Straßburg.

*

Die Karte Nr. 4 für den 26. Februar ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer" Nr. 11 zusammengestellt war, noch aus 16 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 775 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 539, arbeitslos 17, krank 10 und 209 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endresultat für den 26. Februar stellt sich demnach wie folgt: 722 Zahlstellen haben die Karte Nr. 4 eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 56 647. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 26. Februar 37 294 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 26. Februar 1073; dagegen standen 17 770 Mitglieder in Arbeit und 510 waren krank. 212 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 19 353 nachweisen.

Endgültiges Resultat der Feststellungen bis zum 26. Februar 1916.

Termin der Feststellungen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten: Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten: Mitglieder	Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind: zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank	Von den Arbeitslosen (Spalte 5) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
1	2	3	4	5	6	7	8
1915: 16. Januar	700	55337	24004	4181	26356	796	884
30. Januar	707	55234	24336	5206	24871	821	933
13. Februar	695	55305	25079	4797	24489	940	837
27. „	705	56009	26039	3833	25391	746	758
13. März	710	55721	26825	3423	24697	776	591
27. „	657	54482	26841	2390	24497	754	473
10. April	700	55677	28426	1821	24786	644	393
24. „	695	56059	28999	1367	25115	578	336
15. Mai	706	56498	30039	901	25026	532	240
29. „	709	56477	30600	753	24577	547	197
12. Juni	685	56041	30560	695	24293	493	172
26. „	690	56657	31587	544	24049	477	124
10. Juli	701	56132	31915	553	23192	472	143
24. „	733	57575	33261	363	23492	459	70
14. August	704	56311	32857	415	22614	425	86
28. „	707	56587	33375	382	22365	415	49
11. September	701	56017	33392	311	21909	405	24
25. „	742	58236	35291	290	22221	434	35
16. Oktober	715	56332	34727	280	20936	389	26
30. „	715	56966	35525	262	20783	396	28
13. November	707	56791	35522	272	20581	416	19
27. „	718	57611	36792	375	19885	559	34
11. Dezember	707	57539	36794	401	19839	505	17
24. „	743	58491	37776	668	19555	492	43
1916: 15. Januar	733	57441	37706	807	18463	465	73
29. Januar	722	56810	37206	769	18361	474	76
12. Februar	723	56743	37237	903	18119	484	133
26. „	722	56647	37294	1073	17770	510	212

*

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, den 25. März. An diesem Tage ist die Karte Nr. 6 auszufüllen und sofort einzusenden.

Zur Wirtschaftslage Deutschlands.

e. Wie vor Jahresfrist, so ist auch jetzt ein Schriftchen erschienen, in dem die Dresdner Bank sich über die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands im Kriege äußert. Bemüht sich die Darstellung auch sachlich zu sein, so betont sie doch nicht nachdrücklich genug die schweren und dabei vermeidbaren Mängel, die bei der Nutzbarmachung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte unleidlich zutage getreten sind. Immerhin enthält die Schrift vieles Beachtenswerte.

Daß die deutsche Volkswirtschaft nicht so weit zerrüttet werden kann, daß wir aus diesem Grunde zu einem Frieden um jeden Preis gezwungen würden, sieht man neuerdings auch im Auslande ein. Unsere derzeitige Abgeschlossenheit vom Meere und dem Welthandel, der zu unserm Verderben führen sollte, wie verantwortliche englische Staatsmänner wiederholt öffentlich vorausgesagt haben, ist sogar bei allen Schwierigkeiten, die sich für uns daraus ergeben, zu einer gewissen Kraftquelle geworden. England wie Frankreich, Rußland wie Italien müssen einen erheblichen Teil ihres Kriegsmaterials und ihrer Nahrungsmittel im Auslande kaufen, und die amerikanischen wie auch die japanischen Geschütz-, Gewehr- und Munitionsfabrikanten sind wirklich nicht zaghaft bei Bemessung der Gewinnraten, die sie aus dem Geschäfte ziehen wollen. Deutschland steht darin ganz auf eigenen Füßen und behält das Geld im Lande, so daß es den erzeugenden Kräften wieder zufließt, sie leistungsfähig erhält und die Volkswirtschaft stärkt. Der Präsident der englischen Handelskammern, Runciman, der Vater des Ministers, hat dagegen soeben der englischen Wirtschaftslage eine recht trübe Zukunft prophezeit.

Es sind ungeheure Summen, die von den Westmächten für Deckung des Kriegsbedarfs aufzubringen sind und von denen ein erheblicher Teil nach neutralen Ländern, insbesondere nach Nordamerika, abfließt. Nach offiziellen Angaben betragen die täglichen Kriegskosten

für England	100	Millionen Mark
„ Frankreich	65	„ „
„ Rußland	50	„ „
„ Italien	30	„ „

Zusammen sind das täglich 245 Millionen. Auch die Zentralmächte verausgaben täglich für den Krieg 120 Millionen Mark, wovon 70 Millionen auf Deutschland und 50 Millionen auf Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei entfallen. Aber die Differenz beträgt zwischen beiden Ausgabemengen nicht weniger als 125 Millionen täglich oder 12,5 Milliarden in 100 Tagen, was jährlich 45 Milliarden ausmacht. Das ist ein Unterschied, der schwer ins Gewicht fällt und der bereits seine Würdigung findet im Kursstande der Renten in den kriegführenden Ländern.

In Deutschland notierte am 1. Juli 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, die dreiprozentige Rente 76,90, in Frankreich 83,40 und in England die Rente zu 2½ pZt. 75. Am 1. Dezember 1915 wurde dagegen für die gleichen Wertpapiere bezahlt in Deutschland 66,50, in Frankreich 64,50, in England 58,25. Somit betrug der Rückgang

in Deutschland	10,40	pZt.
„ Frankreich	18,90	„
„ England	16,75	„

Auf den Kurswert berechnet, sanken also die Papiere in Deutschland um 13,5, in Frankreich um 22⅔, in England um 22½ pZt. Da zwischen Volkswirtschaft und Finanzkraft ein inniger Zusammenhang besteht, fällt es nicht auf, daß Deutschland seine drei Kriegsanleihen zu steigenden Kursen (97,50, 98,50, 99,00) im Inlande allein unterbringen konnte und 25,5 Milliarden daraus löste, während England, Frankreich und Rußland immer wieder den amerikanischen Geldmarkt in Anspruch nehmen müssen und dort wachsendem Widerstreben begegnen. Erst unlängst wurde bekannt, daß von einer der Anleihen, die 500 Millionen Dollar (2 Milliarden Mark) betragen hatte, noch 300 Millionen Dollar in den Schränken der amerikanischen Banken lagern, weil das Publikum trotz günstigster Anerbietungen die Papiere nicht kaufen mag. Und Italien hat mit Würgen und Hängen aus seiner zweiten Kriegsanleihe trotz fünfundvierzigtägiger Verlängerung der Zeichnungsfrist nur 2,3 Milliarden geschlagen.

Daß die Zahl der Konkurse in Deutschland 1915 um die starke Hälfte geringer gewesen ist als 1914, will zwar nicht allzuviel besagen, weil viele Fälle, in denen Feldzugsteilnehmer ihren Geschäftsbetrieb aufgeben mußten, nicht in der Konkursstatistik enthalten sind. Immerhin spricht auch diese Tatsache dafür, daß die deutsche Volkswirtschaft verhältnismäßig noch gesund ist, jedenfalls nicht kraftloser und kränker als in den andern kriegführenden Staaten. Uebrigens liegt ein unlösbarer Widerspruch darin, daß einmal die Gegner erklären, sie würden den Krieg bis zur wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands fortsetzen, das andere Mal wieder, wie Chénadame es getan hat, von einer fabelhaften Kriegsentschädigung sprechen, die von Deutschland gezahlt werden müsse. Wie aus einem wirtschaftlich vernichteten Lande noch 250 bis 300 Milliarden Entschädigung herausgepreßt werden können, ist eins der großen Rätsel, in deren Erfindung namentlich die französische Presse sich als Meisterin zeigt.

Wirkliche Schwierigkeiten liegen für Deutschland eigentlich nur in der Milch-, Butter- und Fleischversorgung vor; denn da fehlen die gewaltigen Einfuhrmengen aus der Zeit vor dem Kriege. Für die Eigenerzeugung an Milch in der Friedenszeit besitzen wir keine amtliche Statistik. Geheimrat Semmler hat versucht, die Berechnung nachträglich aufzustellen. Am 1. Dezember 1913 ergab die deutsche Viehzählung:

1 945 389 Kälber unter drei Monaten,
6 194 453 Jungvieh (Kälber zwischen drei Monaten und zwei Jahren),
1 564 042 Bullen, Stiere, Ochsen,
11 320 400 Kühe.

Danach ist mit einem Bestande von rund 10 600 000 Stück Milchvieh zu rechnen. Bei einem täglichen Durchschnittsertrag von sieben Liter Milch pro Kuh erzeugte Deutschland täglich 74 200 000 Liter Milch. Zur direkten Nahrung mögen 20 Millionen Liter täglich verbraucht worden sein, zur Kälberaufzucht und zur Käsebereitung acht Millionen, so daß reichlich 46 Millionen für Butterbereitung zur Verfügung standen, was bei der Annahme, daß 30 Liter Milch im Durchschnitt ein Kilogramm Butter ergeben, auf eine tägliche Buttererzeugung von 1 540 000 Kilogramm (auf den Kopf der Bevölkerung 23 Gramm) schließen läßt.

Zu dieser selbsterzeugten Buttermenge sind 1913 noch 54½ Millionen Kilogramm Milchbutter und Butterschmalz eingeführt worden, ein wenig mehr als der zehnte Teil der Eigenproduktion, so daß auf den Kopf der Bevölkerung vor dem Kriege ein Drittelpfund Butter wöchentlich gekommen

ist. Durch den Krieg hat sich der Rindviehbestand vermindert. Die Viehzählung am 1. Dezember 1915 hat einen Rückgang an Rindvieh von 11,5 pZt. gegen 1914 ergeben. Und da die verringerte Menge an Futtermitteln den Milchertrag schmälert, darf nur mit einer täglichen Milcherzeugung von 55 Millionen Liter (gegen 74 Millionen vor dem Kriege) gerechnet werden. Für die Butterbereitung bleiben nur zwei Drittel der früheren Menge übrig, und auf den Kopf der Bevölkerung entfallen wöchentlich nur etwa 100 Gramm Butter. Das wird sich nicht eher ändern, als bis durch Grünfutter die Milchproduktion wieder gehoben wird.

„Umgelernt?"

Von Ad. Thiele.

„Wat dem een sin Uhl — —"!

Wie in der sozialdemokratischen Partei die Gegner der Fraktionsmehrheit, so behaupten auch bürgerliche Politiker, die Mehrheit habe durch den Krieg umgelernt. Nur daß unserer Parteiopposition das Umlernen als Eulengekrächz klingt, den Bürgerlichen dagegen als Nachtigallensang. So gelangt Professor Dr. Saenger-Berlin, der Mitherausgeber der „Neuen Rundschau", in einer Studie über „Die Internationale und das deutsche Schicksal" zu dem Schlusse, die Internationale sei „für die deutschen Arbeiter ein Umweg zur Nation gewesen". Wörtlich schließt der Artikel:

„Für sie (die Nation) kämpfen sie (die deutschen Arbeiter), für ihre politische und wirtschaftliche Eigenexistenz und damit zugleich für den Einfluß ihrer sozialen und kulturellen Gesinnungen innerhalb der Nation, deren zahlreichsten und in vielem Wesentlichen wichtigsten Bestandteil sie bilden. Es gilt für sie, erst einmal die Nation zu erobern, erst einmal die politische Atmosphäre in ihr mit dem höchsten Grad von Recht und Billigkeit und Menschlichkeit zu sättigen und jene Freiheiten auszubauen, die für unsere innere und äußere Entfaltung nötig sind. Die Geschichte macht keine Sprünge, und jeder Blick in die radikale und liberale Presse der westlichen demokratischen Freiheits- und Friedensbringer, die die Politik des Ganzen bestimmen, muß dem deutschen Arbeiter beweisen, daß für ihn die Internationale in der überlieferten Gestalt gewesen ist und daß Beharren in dogmatischem Irrtum Tod und Untergang für ihn bedeutet — und für die Nation, der er angehört. Er mache sich daher endlich zum positiven Willensträger unserer Geschicke, er werde bündnisfähig und helfe, die „große deutsche Linke" ins Leben zu rufen. Damit wird er über die Bitterkeit und Not der Stunde hinaus die Mission erfüllen, die das deutsche Schicksal ihm vorbehalten hat."

Professor Saenger ist sicherlich von der Richtigkeit seiner wohlwollenden Mahnung überzeugt, und was er von den Aufgaben der Arbeiterklasse betreffs Sättigung der politischen Atmosphäre mit dem höchsten Grade von Recht, Billigkeit und Menschlichkeit spricht, trifft ebenso zu wie die Forderung auf den Ausbau der Freiheiten, die für unsere innere und äußere Entfaltung unentbehrlich sind. Er irrt dagegen völlig, wenn er meint, die Torheiten, fast möchte man sagen Tollheiten mancher französischen und englischen Sozialisten während des Krieges könnte auch nur einen einzigen deutschen Arbeiter, der das Wesen des Sozialismus erfaßt hat, veranlassen, von der Wiederaufrichtung der Internationale abzusehen. Dieser Wiederaufbau wird vielmehr so sicher kommen — und nicht zum wenigsten gerade durch deutsche Mitwirkung —, wie nach dem Kriege wieder ein Frieden kommen wird. In welcher Form die neue Internationale erstehen wird, ist Sache für sich. Auch der Arbeiter lernt aus früheren Fehlern, und er wird bei Fundierung der neuen Internationale die Mängel zu vermeiden verstehen, die sich jetzt ergeben haben.

Professor Saenger irrt weiter, wenn er die internationale Gesinnung des sozialistischen Proletariats in Gegensatz bringt zu den nationalen Bestrebungen. Internationale und nationale Gesinnung sind keine Gegensätze, sondern sie ergänzen sich und können sehr wohl nebeneinander bestehen, wie jeder seine Eltern, seine Kinder und seinen Ehegefährten zu gleicher Zeit und mit gleicher Echtheit lieben kann. Gänzlich aussichtslos ist die Hoffnung, die deutsche Sozialdemokratie werde in dem Sinne „bündnisfähig" werden, daß sie auch nur auf den geringsten Punkt ihres sozialistischen Programms verzichtet. Wollen die Liberalen die „große deutsche Linke" bilden, so sollen sie unsern Segen dazu haben. Wir haben damit nichts zu tun und bleiben für uns. Nicht auf den Namen kommt es an, sondern auf das Wesen. Und mit den Liberalen aller Schattierungen hat die deutsche Arbeiterklasse so traurige Erfahrungen gemacht, sie glaubt ferner so wenig an eine Wesensänderung der Liberalen durch den Krieg, daß sie wirklich kein Verlangen tragen kann, eine Einheit mit Politikern zu bilden, von denen sie jeden Augenblick befürchten muß, sie betätigen wieder — „halb zog es ihn, halb sank er hin" — die oft erprobte Kunst des Umfallens. Die Sozialdemokratie war und ist jederzeit bereit, mit bürgerlichen Parteien, gleichviel mit welcher Partei, zusammenzugehen, wenn das mit unsern Zielen vereinbar ist, wie sie auch stets die Regierung unterstützt hat und unterstützen wird, sofern deren Bestrebungen uns als wünschenswert erscheinen. Doch was darüber hinausgeht, ist vom Uebel. Mögen die Liberalen ihren Block der Linken gründen und mit ehrlichem demokratischen Geiste erfüllen; wir werden dann ein gutes Stück des Weges miteinander gehen können. Doch uns zumuten, wir sollten unter Aufgabe der vollsten Selbständigkeit uns einem Kreise anschließen, der nicht durch gleiche politische Interessen, nicht durch ein gleiches wirtschaftliches Programm, nicht durch gleiche soziale Ziele sich von selbst begrenzt, sondern nur durch eine vorübergehende Hochspannung nationaler Empfindungen und loser Erwartungen sich bilden soll, das wäre wirklich mehr verlangt, als der deutschen Arbeiterklasse zugemutet werden darf. Sie wird in Ruhe abwarten, wie nach Tische die Stare pfeifen. Sie wird sich freuen, wenn die jetzt üppig sprossenden bürgerlich-demokratischen Knospen in Frieden zur Blüte sich entfalten und zu gehaltvoller Frucht reifen; sie wird jedoch nicht enttäuscht sein, wenn der Liberalismus nach einigen athletischen Gesten in seine alte Natur zurückfällt.

Der Hauptirrtum des Professors Saenger beruht in der Annahme, in der er sich mit unserer Fraktionsopposition trifft, die Mehrheit habe umgelernt und nur deshalb für die Kriegskredite gestimmt. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Schon 1870 haben Fritzsche, Hasenclever und Schweitzer für die Kriegskredite gestimmt. Warum Bebel und Liebknecht sich der Stimmabgabe enthielten, hat der alte Liebknecht am 26. November 1870 im Reichstage zugleich im Namen Bebels offen erklärt. Er sagte da:

„Hätte damals im Juli eine Regierung an der Spitze unserer Geschäfte gestanden, der wir Vertrauen geben konnten, so hätten wir damals mit Freuden die Gelder für den Krieg bewilligt."

Also nur der scharfe Kampf gegen Bismarck, kein sozialistisches Prinzip hat Bebel und Liebknecht zur Stimmenthaltung veranlaßt, die übrigens vom Parteiausschuß, der in Braunschweig seinen Sitz hatte und von Wilhelm Bracke geleitet wurde, sowie später von Marx und Engels scharf getadelt worden ist. Später haben in schier zahllosen Reden und Artikeln hervorragende Köpfe der deutschen sozialdemokratischen Partei, wie Bebel, Wilhelm Liebknecht, Auer, Vollmar usw., keinen Zweifel darüber gelassen, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland die Sozialdemokratie geschlossen sein werde in der Verteidigung des eigenen Landes. Dieser Fall lag am 4. August 1914 vor. Deutschland war der angegriffene Teil. Daß die deutsche Regierung an Rußland und Frankreich den Krieg erklärt hat, ist kein Gegenbeweis. Selbst der holländische Genosse Vliegen, der nicht deutschfreundlich ist, hat neuerdings öffentlich erklärt, aus dem Umstande, daß die Kriegserklärung von Deutschland ausgegangen sei, ergebe sich nicht, daß es angegriffen habe.

Die Verteidigung war erforderlich. Deshalb gelangte die Fraktion zu ihrer Haltung. Sie hat nicht umgelernt und brauchte nicht umzulernen. Und hinzulernen heißt nicht umlernen. Bedauernswert der, der nichts mehr hinzulernen will oder kann.

Zur Hebung der verschwundenen Zuckerschätze

wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als daß durch die Reichsprüfungsstelle und die örtlichen Preisstellen schnellstens, und nicht erst „in nächster Zeit", bei sämtlichen Erzeugern und Händlern Untersuchungen angestellt werden, um die auch nach Meinung der Regierung aus spekulativen Gründen zurückgehaltenen Mengen zutage zu fördern. Die erforderlichen Machtvollkommenheiten für ein rücksichtsloses Durchgreifen, für das sich nach Pressemeldungen die Reichsleitung gegen die selbstischen Interessen entschlossen hat, stehen den genannten Institutionen ja zur Verfügung. Zur Unterstützung der Regierungsmaßnahmen hat, wie wir hören, der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen seine in der Zuckerproduktion und im Zuckerhandel tätigen Anhänger aufgefordert, ihm die erforderlichen Angaben über Vorräte usw. zu machen, damit er sie an die Behörde weitergeben kann. Eine Preisgabe von „Geschäftsgeheimnissen" liegt nach seiner Meinung hier nicht vor. Höher als privatwirtschaftliche Interessen stehe das Wohl der Gesamtheit. Das gilt insbesondere beim Zucker. Denn es steht geradezu die Staatsautorität in Gefahr, wenn es im größten Zuckerlande nicht gelingt, für die eigene Bevölkerung genügende und preiswerte Ware aus den Vorratskammern der Interessenten herauszuholen. Man darf wohl auch erwarten, daß sich der soeben zusammengetretene Haushaltsausschuß des Reichstages mit der Sache ernsthaft beschäftigen wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In letzter Zeit laufen fast täglich wieder Anfragen über die Arbeitsgelegenheit und Lohn- und Arbeitsbedingungen in Ostpreußen bei uns ein. Da es uns nicht möglich ist, all diese Anfragen im einzelnen zu beantworten, so sei auf diesem Wege mitgeteilt, daß allerdings wohl in den nächsten Wochen mit dem Wiederaufbau von Ostpreußen begonnen werden soll. Etwas Näheres über die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen können wir jedoch nicht sagen, weil der im vorigen Jahr abgeschlossene Vertrag am 31. März abläuft und für die bevorstehende Bausaison noch nichts weiter vereinbart ist. Ob die berufenen Instanzen in Ostpreußen gewillt sind, in dieser Beziehung noch irgend etwas zu unternehmen, entzieht sich unserer Kenntnis. Alle Zimmerer, die also auf eigene Kosten nach Ostpreußen reisen, tun dies alsdann auf ihr eigenes Risiko und dürfen sich dieselben dann nicht wundern, wenn sie sich in ihren Hoffnungen enttäuscht sehen.

Reiseunterstützung.

Die Auszahler der Reiseunterstützung und die reisenden Kameraden werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung dieser Unterstützung am Freitag, 31. März, ihr Ende erreicht hat. Reiseunterstützung darf dann nicht mehr ausgezahlt werden. Wir ersuchen die Zahlstellenvorstände, die bis dahin ausgestellten Quittungen über Reiseunterstützung an die Verbandshauptkasse zu senden.

Beitragsleistung.

Die Woche	vom	26. März	bis	1. April	ist die	5.	Beitragswoche
„	„	„ 2. April	„	8.	„	„	„ 6.	„
„	„	„ 9.	„	„ 15.	„	„	„ 7.	„
„	„	„ 16.	„	„ 22.	„	„	„ 8.	„
„	„	„ 23.	„	„ 29.	„	„	„ 9.	„

Der Zentralvorstand.

Rechnungsabschluß
des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 4. Quartal 1915.

a) Lokalkassen.

Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom 3. Quartal	M.	809321,95
„ Lokalfondsbeiträgen	„	65705,29
„ sonstigen Einnahmen	„	21458,24
Summa...	M.	896485,48

Ausgaben.

Per örtliche Aufwendungen	M.	133717,17
„ Vermögensbestände der Zahlstellen am Schlusse des 4. Quartals	„	762768,31
Summa...	M.	896485,48

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 3. Quartal 1915..	M.	4200595,22
„ Guthaben in den Zahlstellen vom 3. Quartal 1915	„	25441,36
„ Eintrittsgebühren	„	1057,—
„ Zentralfondswochenbeiträgen	„	169730,80
„ diverser Verbandsliteratur	„	54,—
„ Bücherfutteralen	„	31,80
„ Duplikaten	„	9,50
„ Kolportagemarken (Druckkosten zurück) ...	„	1,20
„ Zinsen	„	19086,89
„ diversen Eingängen	„	1292,46
Summa...	M.	4417300,23

Ausgaben.

Per Agitation	M.	16428,21
„ Arbeitslosenunterstützungen	„	1809,85
„ Familienunterstützungen	„	178185,—
„ Flüchtlingsunterstützungen	„	94,70
„ Gemaßregeltenunterstützungen	„	400,—
„ Konferenzen und Sitzungen.	„	1471,95
„ Rechtsschutzunkosten	„	259,71
„ Reichsversicherungsbeiträge	„	1941,60
„ Statistikunkosten	„	1069,20
„ Streiks, Lohnbewegungen u. Verhandlungen	„	274,78
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer"	„	9123,28
„ verbranntes Handwerkszeug (Entschädigungen)	„	193,50
„ Verwaltungsunkosten (zentrale)	„	7984,01
„ Verwaltungsunkosten (sachliche und allgemeine)	„	1901,20
„ Guthaben in den Zahlstellen am Schlusse des 4. Quartals 1915	„	52670,99
„ Vermögensbestand der Zentralkasse am Schlusse des 4. Quartals 1915	„	4148492,25
Summa...	M.	4417300,23

Im Laufe des 4. Quartals sind 25 Zahlstellen infolge Einberufung sämtlicher Mitglieder zum Kriegsdienst ausgeschieden, so daß am Schlusse des 4. Quartals 673 Zahlstellen mit 18 952 Mitgliedern gezählt wurden.

Adolf Römer, Kassierer.

Obigen Rechnungsabschluß mit den Büchern verglichen und für richtig befunden zu haben, bestätigen

H. Ecke, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.
Fritz Huber, Harburg, Marienstr. 78 } Revisoren.
Th. Behnken, Hamburg 33, Schwalbenstr. 4, III. }

NB. Die Abrechnung für das 1. Quartal 1916 betreffend, machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe am 25. März abzuschließen ist.

Dieselbe muß, nachdem sie von den Revisoren geprüft und unterzeichnet ist, mitsamt den Zentralfondsbeiträgen und Belegen bis spätestens am 15. April dieses Jahres bei der Hauptkasse eingelaufen sein.

Es wird hiermit noch einmal darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen auch die Mitgliederbeitragsliste gleich mit einzusenden ist. D. O.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Württemberg (Badisches Oberland).

Jahresbericht.

Durch die Einberufung des Gauleiters zum Militärdienst wurden die anfallenden Arbeiten im Gau vom Stellvertreter des Zahlstellenbeamten der Zahlstelle Stuttgart, dem Kameraden Hessenauer, erledigt. Ueber die Bautätigkeit ist zu berichten, daß die private Bautätigkeit durchweg eine schlechte war, auch die Ausführung von größeren

Reparaturen war eine Seltenheit; dagegen ist zu berichten, daß in den Orten Böblingen, Göppingen, Eßlingen, Feuerbach, Kornwestheim, Ludwigsburg, Oberndorf, Rottweil, Stuttgart und Ulm der Bau von Fabriken, Kasernen und Bahnhofserweiterungen vorgenommen wurde, in Münsingen, auf dem Heuberg und in Ellwangen wurden aus Fachwerk bestehende Barackenlager erstellt. Bereits das ganze Jahr über überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften im Zimmergewerbe das Angebot derselben. So arbeitete zum Beispiel das Sägewerk und Zimmereigeschäft Knecht das ganze Jahr über mit russischen Zimmerleuten und Hilfsarbeitern. Mit Arbeitslosigkeit brauchten wir im letzten Geschäftsjahr nicht ernstlich zu rechnen, in vorstehenden Orten konnten die Kameraden das ganze Jahr über genügend Beschäftigung finden; freilich mußte sich mancher längere Zeit von der Familie trennen. Durch die am 1. April erfolgte Lohnerhöhung wurde es notwendig, verschiedene Unternehmer schriftlich und mündlich an ihre Pflichten dem Tarifvertrage gegenüber zu erinnern. Wo die Lohnerhöhung nicht durchgeführt wurde, sind, was leider konstatiert werden muß, die Kameraden in verschiedenen Fällen selbst schuld, weil sie die Sache verschwiegen. Eingaben zur Zahlung von Teuerungszulagen wurden mit Ausnahme eines Falles (Firma Dyckerhoff & Widmann, Baustelle Oberndorf) nicht gemacht. Nachstehende Zuschrift des Arbeitgeberbundes an seine Mitglieder in Württemberg beweist, daß wir recht hatten, unsere Zeit und Papier für solche Eingaben zu sparen.

Stuttgart, den 30. Juli 1915.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe,
Landesverband Württemberg.

Herrn . . . . . .

Mit unserm Rundschreiben vom 22. April d. J. haben wir Ihnen mitgeteilt, daß sich die Gewerkschaftsführer da und dort, namentlich bei Bauten für die Heeresverwaltung, an die Arbeitgeber um Bewilligung von Teuerungszulagen zu den Tariflöhnen bemüht haben und haben Sie gleichzeitig ersucht, uns eventuell von einer Forderung einer Teuerungszulage in Kenntnis zu setzen.

Da nun auch in Heilbronn die Forderung, wie Sie uns mitteilen, nach Teuerungszulage erhoben wurde, so halten wir es für angezeigt, Ihnen umgehend mitzuteilen, daß diese Forderung grundsätzlich abgelehnt werden muß.

Es schweben zurzeit Verhandlungen zwischen unserer Bundesleitung und dem Bauarbeiterverbande über die von letzterem erhobene Forderung von Teuerungszulagen. Nach der bisher zum Ausdruck gekommenen grundsätzlichen Ablehnung jeder Teuerungszulage darf mit Sicherheit angenommen werden, daß eine Aenderung der Anschauungen unseres Bundesvorstandes nicht zu erwarten ist.

Als im Spätherbst 1914 zahlreiche, beim Kriegsausbruch stillgelegene Bauten wieder in Angriff genommen wurden, waren die arbeitslosen Bauarbeiter in ihrer großen Mehrzahl bereit, weit unter den Tariflöhnen zu arbeiten, jedoch wurde, um den Tarifvertrag, welcher im Frühjahr 1913 abgeschlossen worden war, hochzuhalten, die Parole sowohl vom Bund wie von den einzelnen Verbänden ausgegeben, daß die Tariflöhne unter allen Umständen zu bezahlen seien.

Welchen Zuständen wir gerade in dieser Hinsicht auf die nächsten Tarifverhandlungen im Frühjahr 1916 zutreiben würden, wenn da und dort Teuerungszulagen bezahlt werden wollten; und wie sehr die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag selbst dadurch gefährdet würden, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Das eine aber steht bombenfest, daß, wenn einmal während einer Tarifperiode die Lebensmittel im Preise noch so sehr zurückgingen, es den Arbeitnehmern nicht im Schlafe einfallen würde, in eine Verkürzung der vereinbarten Stundenlöhne einzuwilligen, selbst wenn, wie es schon öfter da war, eine gewaltige Steigerung der Baumaterialien während dieser Zeit auch noch eintreten sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Hochachtungsvoll (gez.) G. Busch.

Es steht fest, daß die mit Militärbauten betrauten Firmen infolge erhöhter Preise der Rohmaterialien und zum Zwecke von Lohnerhöhungen respektive Teuerungszulagen an die Arbeiter bis zu 50 pZt. Zuschläge erhielten; aber dessenungeachtet gehen die Arbeiter leer aus. Wenn man sich die Firmen merkt, die die verschiedenen Bauarbeiten ausführen, so wird man finden, daß dieselben durchweg Mitglieder des Deutschen Arbeitgeberbundes sind. Der Arbeitgeberbund beherrscht seit Kriegsausbruch den ganzen Baumarkt, die kleineren Unternehmer sind gezwungen, wieder als Gesellen zu arbeiten. Dieselben ziehen gegenwärtig aus der Organisation ebenfalls bloß Nutzen und sollten die Arbeiterverbände unterstützen, anstatt das Gegenteil zu machen.

Ueber die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Kameraden kann folgendes berichtet werden: In Oberndorf wurden mit der Firma Dyckerhoff & Widmann Vereinbarungen getroffen, laut welchen die dortigen Löhne von 65 auf 70 bis 72 ₰ erhöht wurden. Es arbeiten auf jener Baustelle auch eine Anzahl abkommandierter Landsturmleute, welche die Vertragslöhne ebenfalls erhalten, sich aber im übrigen um die Pflichten der Organisation gegenüber in keiner Weise kümmern. Die Kameraden in Rottweil bei der Firma Wayß & Freytag haben durch den Zusammenschluß in der Organisation ebenfalls Verbesserungen erhalten, die Stundenlöhne betragen jetzt 70 bis 72 ₰, auch werden die Ueberstunden mit 25, Nachtarbeiten mit 50 und Sonntagsarbeiten mit 100 pZt. Zuschlag bezahlt. Bei der Firma Schramm & Kraus (Baustelle Kläranlage) in Mühlhausen bei Stuttgart sind die Löhne von 67 ₰ auf 73 bis 75 ₰ erhöht worden. An verschiedenen Baustellen und Plätzen wäre noch Gelegenheit gewesen, unsere Lohnverhältnisse besser zu gestalten, jedoch hat es an der notwendigen Energie unserer Kameraden gemangelt. Viele noch in Arbeit stehende Militärpflichtige glauben, daß, wenn sie ihren Standpunkt als gewerkschaftlich organisierte Mitglieder in der Oeffentlichkeit vertreten, sie mit dem Gestellungsbefehl bedacht werden. Diese Kameraden fügen sich ohne Widerrede in alles; es gibt aber auch Baustellen, wo die Abkommandierung der Landsturmleute die Waffe bildet, mit der man die organisierten Zimmerer im Zaume hält.

Acht kleinere Zahlstellen mußten aufgelöst werden, vier davon, weil sämtliche Mitglieder einberufen wurden, und vier, weil das eine oder die zwei noch anwesenden Mitglieder ihre Pflichten nicht erfüllten. Durch die energische Werbearbeit konnten 348 Kameraden durch Neuaufnahme und Erneuerung dem Verbande zugeführt werden. Unter den Waffen stehen 995 Mitglieder, als Zahlende kommen noch 450 in Frage. Gegen die von auswärts zureisenden Unorganisierten mußte hauptsächlich schwer angekämpft werden, bis sie den Weg zur Organisation fanden. In Oberndorf, Rottweil, Stuttgart und Umgebung und Ulm wurden durch Platz- und Hausagitationen gute Erfolge erzielt. Der Krieg hat auch in vielen Fällen persönliche Zerwürfnisse, worunter die Organisation zu leiden hatte, beseitigt. Durch Gewährung von Familienunterstützung sind die Frauen unserer im Felde stehenden Mitglieder mit unserer Organisation vertrauter geworden, die Früchte werden wir später genießen dürfen. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in Oberndorf zugetragen, unserm Mitglied Sixtus Frick wurden dort durch Splitter einer Fliegerbombe ein Arm und ein Bein abgeschlagen. Der Versammlungsbesuch ließ in vielen Fällen viel zu wünschen übrig. Eine in Münsingen einberufene Versammlung wurde vom Oberamt verboten, eine Beschwerdeführung hatte keinen Erfolg; auch in Rottweil fehlt bei Veranstaltung von Versammlungen der Schutzmann sehr selten. Durch die Einberufung bereits aller unserer Vertrauensleute ist in bezug auf den Bauarbeiterschutz manches vernachlässigt worden; es liegen heute noch die gleichen Mängel und Schäden in der Einhaltung der Schutzvorschriften vor wie früher. Dies beweisen die vielen Unglücksfälle beim Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofes und in vielen andern Orten. Mit Recht ist von der Generalkommission darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Organisationen in Zukunft dem Bauarbeiterschutz mehr Beachtung schenken sollen. Auch mit der Lage der Frauen unserer im Felde stehenden Mitglieder haben wir uns beschäftigt. Zu diesem Zweck sind von den einzelnen Organisationen Fragebogen ausgegeben worden, und zwar auf Anregung des Stuttgarter Gewerkschaftskartells. Von diesen ausgegebenen Fragebogen sind 974 brauchbar ausgefüllt eingegangen, davon entfallen auf die Frauen unserer Mitglieder 145. Es läßt sich aus dem nachfolgenden Ergebnis wohl feststellen, in was für einer Lage sich unsere Kriegerfrauen befinden.

Es hatten ein Einkommen pro Monat

								Im Durchschnitt monatl.	pro Tag
	bis M. 40	147	Frauen m.	117	Kindern			M. 32	M. 1,06
von M. 41 „ „	45	64	„ „	72	„			„ 43	„ 1,43
„ „ 46 „ „	50	91	„ „	128	„			„ 48	„ 1,60
„ „ 51 „ „	55	73	„ „	102	„			„ 53	„ 1,76
von M. 56 b. M.	60	87	Frauen m.	151	Kindern	M. 58	M.	1,93	
„ „ 61 „ „	65	83	„ „	143	„	„ 63	„	2,10	
„ „ 66 „ „	70	75	„ „	99	„	„ 68	„	2,26	
„ „ 71 „ „	75	67	„ „	149	„	„ 73	„	2,43	
„ „ 76 „ „	80	58	„ „	125	„	„ 78	„	2,60	
„ „ 81 „ „	85	63	„ „	138	„	„ 83	„	2,76	
„ „ 86 „ „	90	43	„ „	112	„	„ 88	„	2,93	
„ „ 91 „ „	95	27	„ „	64	„	„ 93	„	3,10	
„ „ 96 „ „	100	35	„ „	112	„	„ 98	„	3,26	
„ „ 101 „ „	105	8	„ „	25	„	„ 103	„	3,43	
„ „ 106 „ „	110	19	„ „	49	„	„ 108	„	3,60	
„ „ 111 „ „	115	8	„ „	25	„	„ 113	„	3,76	
„ „ 116 „ „	120	8	„ „	20	„	„ 118	„	3,93	
„ „ 121 „ „	125	6	„ „	19	„	„ 123	„	4,10	
„ „ 126 „ „	130	8	„ „	24	„	„ 128	„	4,26	
„ „ 145		2	„ „	3	„		„	4,83	
„ „ 167		1	„ „	6	„		„	5,56	
„ „ 175		1	„ „	8	„		„	5,83	

Zusammen ... 974 Frauen m. 1691 Kindern

Von obigem Einkommen muß ebenfalls die Wohnungsmiete noch bestritten werden; dieselbe beträgt im Durchschnitt monatlich M 23.

Nachstehendes gibt Aufschluß über die Preise der notwendigsten Lebensmittel vor Kriegsbeginn und am 30. Januar 1916. Es kostete ein Kilogramm:

	Juli 1914 ₰	30. Januar 1916 ₰	Mehr ₰
Rindfleisch	170	260	90
Kalbfleisch	180	280	100
Schweinefleisch	150	300	150
Schweinespeck	180	520	340
Schweineschmalz	170	460	290
Hammelfleisch	180	290	110
Reis	56	200	144
Speisebohnen	44	150	106
Erbsen	50	150	100
Weizenmehl	42	60	18
Roggenmehl	38	52	14
Brot	26	40	14
Butter	280	400	120
Würfelzucker	52	62	10
Kaffee	328	400	72
Milch (1 Liter)	22	25	3
Eier (1 Stück)	6—8	17—20	11
Heringe (1 Stück)	6—7	20	14

Aus vorstehendem ist leicht ersichtlich, daß die Kriegerfamilien recht umfangreiche Einschränkungen vornehmen müssen und daß dieselben bitter empfunden werden. Aus diesem Grunde ist vom Gewerkschaftskartell Stuttgart eine Eingabe an die Stadtverwaltung gemacht worden, worin verlangt wird, daß die Leistungen für die Kriegerfamilien eine Erhöhung erfahren.

Stuttgart, im März 1916. **E. Leuger.**

Gau 14 (Südbayern).

Wie alljährlich haben wir auch im März 1916 in allen Tariforten unseres Gaues Feststellungen über die Lebensmittelpreise gemacht, nach denen dann die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie auf Grund der Nahrungsmittelrationen eines deutschen Marinesoldaten berechnet werden, was als Index bezeichnet wird. Die Ziffern in Kursivschrift beziehen sich auf März 1914, also die Zeit vor dem Kriege.

Tarifort		Im März 1916 beziehungsweise 1914 kostete ein Pfund (in Pfennigen)														Der Index war im März	
		Rindfleisch	Schweinefleisch	Hammelfleisch	Reis	Speisebohnen	Erbsen	Weizenmehl	Gedörrte Zwetschgen	Kartoffeln	Schwarzbrot	Butter	Zucker	Kaffee	Ein Liter Milch	1916 M.	1914 M.
München	1916	170	160	170	65	60	60	30	50	6½	22	200	32	220	25	44,03	
	1914	*87*	*84*	*86*	*26*	*20*	*22*	*21*	*40*	*4*	*15½*	*150*	*25*	*140*	*21*		*25,65*
Augsburg	1916	180	160	150	60	65	60	25	84	6½	20	195	32	240	24	43,21	
	1914	*85*	*85*	*70*	*24*	*20*	*24*	*21*	*36*	*3½*	*16*	*140*	*25*	*140*	*18*		*24,54*
Regensburg	1916	180	160	130	80	60	70	25	60	6½	20	200	32	220	25	42,24	
	1914	*100*	*95*	*95*	*29*	*27*	*24*	*20*	*40*	*3½*	*17*	*130*	*26*	*160*	*22*		*27,33*
Landshut	1916	150	160	140	70	70	65	25	70	6½	20	180	33	180	22	40,63	
	1914	*86*	*80*	*80*	*24*	*25*	*24*	*20*	*35*	*4*	*16*	*130*	*26*	*140*	*20*		*24,30*
Reichenhall	1916	160	160	140	70	70	70	26	80	6½	20	180	34	240	22	42,22	
	1914	*80*	*90*	*70*	*32*	*30*	*26*	*21*	*40*	*3½*	*15*	*150*	*27*	*180*	*20*		*25,16*
Freising	1916	180	160	150	60	60	70	25	70	6½	22	180	32	200	22	43,10	
	1914	*86*	*80*	*76*	*26*	*16*	*22*	*20*	*22*	*5*	*13*	*120*	*25*	*140*	*20*		*23,33*
Holzkirchen	1916	140	160	120	62	80	80	28	50	6½	20	200	34	230	20	40,29	
	1914	*90*	*90*	*70*	*25*	*30*	*28*	*21*	*40*	*8*	*15*	*120*	*27*	*160*	*18*		*25,66*
Ingolstadt	1916	189	160	170	60	60	60	30	60	6½	20	200	32	220	24	43,95	
	1914	*96*	*86*	*75*	*30*	*26*	*20*	*24*	*40*	*5*	*10*	*120*	*26*	*180*	*20*		*23,88*
Kaufbeuren	1916	160	160	130	60	60	50	25	60	6½	20	185	32	200	20	40,41	
	1914	*90*	*86*	*75*	*30*	*25*	*25*	*20*	*25*	*4*	*14*	*140*	*30*	*160*	*18*		*24,95*
Kempten	1916	150	160	150	60	60	60	28	80	6½	22	195	32	230	22	42,29	
	1914	*80*	*90*	*75*	*30*	*24*	*24*	*22*	*40*	*5*	*15*	*140*	*27*	*160*	*19*		*25,11*
Lindau	1916	180	160	160	70	55	60	30	55	6½	22	200	33	240	23	44,10	
	1914	*85*	*100*	*90*	*30*	*26*	*26*	*23*	*40*	*5*	*20*	*150*	*27*	*160*	*18*		*28,44*
Memmingen	1916	150	160	130	68	70	70	26	70	6½	20	200	34	240	21	41,19	
	1914	*80*	*85*	*80*	*25*	*22*	*22*	*18*	*50*	*4*	*15*	*120*	*26*	*160*	*17*		*24,44*
Miesbach	1916	160	160	130	68	70	75	28	68	6½	20	200	34	220	20	41,67	
	1914	*90*	*90*	*75*	*25*	*24*	*25*	*21*	*35*	*6*	*17*	*135*	*27*	*170*	*16*		*26,21*
Moosburg	1916	150	160	140	80	50	50	24	50	6½	22	180	32	230	20	40,74	
	1914	*86*	*80*	*60*	*26*	*25*	*26*	*20*	*40*	*7*	*13*	*120*	*26*	*160*	*18*		*23,51*
Passau	1916	140	160	130	52	60	60	26	60	6½	20	200	34	240	22	40,09	
	1914	*80*	*80*	*75*	*24*	*24*	*24*	*20*	*40*	*5*	*11*	*110*	*26*	*160*	*18*		*22,51*
Rosenheim	1916	150	160	140	60	50	50	24	50	6½	22	200	32	240	22	41,17	
	1914	*80*	*90*	*80*	*26*	*22*	*22*	*21*	*50*	*5*	*16*	*125*	*28*	*180*	*20*		*26,28*
Starnberg	1916	180	160	140	60	60	80	25	80	6½	22	200	33	240	22	43,74	
	1914	*75*	*90*	*80*	*25*	*30*	*26*	*24*	*40*	*5*	*18*	*150*	*27*	*150*	*20*		*26,34*
Straubing	1916	160	160	140	60	60	60	25	45	6½	20	180	32	240	22	40,80	
	1914	*90*	*85*	*85*	*25*	*26*	*26*	*22*	*35*	*5*	*20*	*120*	*27*	*180*	*18*		*27,04*
Traunstein	1916	140	160	120	70	60	60	25	40	6½	20	180	32	240	20	38,57	
	1914	*90*	*95*	*70*	*26*	*24*	*22*	*22*	*40*	*8*	*15*	*120*	*27*	*180*	*18*		*26,01*
Immenstadt	1916	160	160	130	60	55	60	26	50	6½	20	200	32	220	21	40,74	
	1914	*86*	*86*	*90*	*26*	*23*	*24*	*20*	*34*	*3½*	*18*	*130*	*28*	*170*	*16*		*26,41*
Mindelheim	1916	140	160	130	60	60	80	24	60	6½	20	200	32	200	20	40,17	
	1914	*80*	*90*	*70*	*15*	*20*	*25*	*22*	*35*	*5*	*15*	*130*	*28*	*160*	*16*		*24,37*
Füssen	1916	140	180	130	80	60	80	30	60	6½	22	190	32	240	20	42,08	
	1914	*75*	*100*	*85*	*30*	*36*	*30*	*20*	*50*	*5*	*15*	*150*	*30*	*180*	*18*		*26,76*
															Im Durchschnitt beträgt der Index:	41,70	*25,37*

Mithin beträgt die Durchschnittssteigerung gegenüber der Zeit vor dem Kriege M 16,33 gleich 64,4 Prozent. Der Höhepunkt der Lebensmittelteuerung ist aber leider noch nicht erreicht.

Aug. Kemmer.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bautzen. Am 16. März nahmen die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle in einer Versammlung Stellung zu den Tarifverhandlungen in Berlin. Das Referat hierzu hatte Kamerad Köhler-Dresden, welcher die Lage eingehend schilderte. Es wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Angebot der Arbeitgeber und bedauert, daß in Anbetracht der gewaltigen Lebensmittelsteigerung ein so geringes Angebot gemacht worden ist. Die Versammelten sind mit der Haltung unserer Vertreter, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, voll einverstanden, daß sie dieses Angebot ablehnten. Sie erwarten, daß weitere Verhandlungen stattfinden im Interesse des Friedens im Baugewerbe."

Bütow i. P. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war infolge von Barackenbauten zu Anfang des Jahres eine gute. Sie verschlechterte sich aber zu Beginn des Frühjahres und flaute zum Sommer noch weiter ab, so daß ein Teil unserer Kameraden sich außerhalb unserer Zahlstelle nach Arbeit umsehen mußte. Trotzdem war von unsern Kameraden im Laufe des Jahres niemand arbeitslos. Das kam daher, weil bei der Firma Körner Baracken für Ostpreußen gezimmert wurden. Diese Firma zahlte an unsere Kameraden eine Teuerungszulage von 4 ₰ pro Stunde. — Versammlungen haben drei, Besprechungen fünf stattgefunden. Bis zum 1. Januar waren 10 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen, denen noch 6 im Laufe des Jahres folgten, so daß die Gesamtzahl der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder 16 beträgt. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 6, am Schlusse des Jahres dagegen 11. Von den zum Heeresdienst einberufenen Kameraden ist einer gefallen. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Die Einnahme für die Zentralkasse betrug (inklusive Guthaben vom vierten Quartal 1914) ℳ 285,20; die Ausgabe ℳ 177, und zwar wurde dieser Betrag für Familienunterstützung gebraucht. An die Zentralkasse wurden in bar gesandt ℳ 86,95. Die Einnahme der Lokalkasse (inklusive Kassenbestand vom Jahre 1914) beträgt ℳ 140,65, die Ausgabe ℳ 124,20. Es verbleibt also ein Kassenbestand am Jahresschluß von ℳ 16,45. — Kameraden, laßt uns auch weiterhin streben und werben für unsern Zentralverband. Zeigen wir unsern Kameraden im Felde, daß auch wir uns unserer Pflicht bewußt sind.

— Am 20. Februar fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nach Verlesung des Protokolls und des Jahresberichts für 1915 wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde zur Wahl eines Revisors geschritten und wurde einstimmig Kamerad Grupt gewählt, der auch die Wahl annahm. Dann kamen wir zum Hauptpunkt der Versammlung: Besprechung über den Lohntarif. Der jetzigen Teuerung und den Lebensmittelpreisen entsprechend wurde eine Zulage von 15 ₰ einstimmig beschlossen. Auch wurde eine Erhöhung für Ueberstunden-, Nacht-, Sonntags-, Wasser-, Karbolineum- und Landarbeit beschlossen. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Bunzlau. Am 4. März fand unsere Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Kamerad Köhler-Dresden berichtete von der Tarifverhandlung. Sämtliche Kameraden waren mit den Ausführungen des Kameraden Köhler einverstanden und erklärten einstimmig, mit der von den Arbeitgebern in Vorschlag gebrachten Teuerungszulagen nicht zufrieden zu sein, und sind der Meinung, daß unsere Vertreter richtig gehandelt haben, indem sie das Angebot ablehnten. Hierauf wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Danzig. Am 15. März fand im Lokale der Frau Steppuhn in Schidlitz eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand nur ein Punkt, nämlich: „Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen im Baugewerbe." Kamerad Engelhardt führte hierzu etwa folgendes aus: Als wir im Jahre 1913 unsern Tarifvertrag schlossen, der am 31. März dieses Jahres abläuft, dachte noch niemand an einen Krieg. Der Tarifvertrag wurde unter normalen Verhältnissen, wobei die damaligen Lebensmittelpreise als Gradmesser dienten, abgeschlossen. Auch damals wurden nicht alle berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt, so zum Beispiel die Verkürzung der Arbeitszeit. Erst im letzten Vertragsjahr erhielten wir die neuneinhalbstündige Arbeitszeit zugebilligt. Die Zimmerer Danzigs sagten sich mit vollem Recht, bei den nächsten Lohnverhandlungen muß die neunstündige Arbeitszeit gewährt werden. Es ist anders gekommen. Am 1. August 1914 brach der Weltbrand aus, er tobt nunmehr fast 20 Monate. Keine Gewerkschaft war auf einen Krieg eingerichtet, niemand wußte, was werden würde. Zunächst mußten unsere Einrichtungen den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Wir mußten dabei schwere Opfer bringen. Dann begannen die Lebensmittelpreise zu steigen und sie haben heute eine fast unerschwingliche Höhe erreicht. Die hiesigen Unternehmer hatten gleich zu Anfang des Krieges Barackenbauten auszuführen, wofür sie von der Militärverwaltung horrende Preise erhielten, die 60 bis 100 pZt. höher waren als die im Frieden üblichen Preise. Sechs Wochen lang wurde auch ohne unsere Einwirkung ein Stundenlohn von 85 ₰ gezahlt, als plötzlich die Herren den Beschluß faßten, wo sie sahen, daß genügend Arbeitskräfte vorhanden waren, nur noch den Tariflohn zu zahlen. Auf unsere schriftliche Eingabe an den Arbeitgeberverband, worin wir den Standpunkt vertraten, der Tarif gelte nur für normale Zeiten, erklärten die Herren, sie seien gehalten, zu den Tariflöhnen arbeiten zu lassen. Das war und ist heute noch der Standpunkt der Herren, trotz des Burgfriedens. Unsere Kameraden wußten sich aber zu helfen, sie gingen dort arbeiten, wo es mehr Lohn gab. Es werden heute noch auf etlichen Stellen 75 ₰ gezahlt, ohne daß eine Firma dabei zugrunde gegangen wäre. Die Unternehmer brauchten aber Zimmerer. Wir wurden dann zu einer Sitzung eingeladen, die auf Ersuchen des Bauarbeiterverbandes einberufen war. Hier bewilligten uns die Unternehmer 2 ₰ Teuerungszulage. Wir erklärten auf das Ersuchen der Zulassung von Ueberstundenarbeit, daß das unter keinen Umständen gelitten würde, daß für die Ueberstundenarbeit die Vorbedingungen gegeben sein müßten. Die 2 ₰ Zulage brachten den Unternehmern nicht die genügende Anzahl Arbeitskräfte, da griffen sie zu Extragratifikationen, die jeder Unternehmer, vom Vorsitzenden der Organisation herab bis zum kleinsten Unternehmer, zahlte. Als die Arbeit abflaute, hieß es: Von morgen ab gibt es nur Tariflohn, wer dafür nicht arbeiten will, kann gehen. Redner kam sodann auf die zentralen Verhandlungen zu sprechen. Inzwischen haben die Unternehmer ihre Bundesversammlung in Berlin und der Westpreußische Landesverband seine Jahresversammlung in Danzig abgehalten. In beiden Versammlungen wurde betont, daß die Arbeitgeber die größten Opfer bringen; die Begehrlichkeit der Arbeiter konnte nicht scharf genug verurteilt werden. Die Danziger Unternehmer haben aber trotzdem ein warmes Herz für die Arbeiter, sie beschlossen nämlich, vom 15. März ab die Teuerungszulage von 5 ₰ eintreten zu lassen. Dabei wurde aber nicht vergessen, zu betonen, daß, wer schon mehr als 67 ₰ zahle, nur das zulegen dürfe, was an 72 ₰ fehlt. Auch wurde erklärt, wenn es zu einer tariflosen Zeit kommen sollte, müsse jeder Arbeiter eine Arbeitsordnung unterschreiben, worin wohl das besiegelt werden soll, was bei den Verhandlungen nicht zu erreichen war. Sollte uns so etwas angeboten werden, dann kann darauf nur die Antwort gegeben werden, daß sich die Unternehmer an unsere Organisation wenden mögen. In der Diskussion verurteilten alle Redner das minimale Angebot, das, nachdem schon 2 ₰ bewilligt, hier 3 ₰ betragen würde. Ein Redner beleuchtete in eingehender Weise den Bericht der Arbeitgeber über das westpreußische Baugewerbe im Kriege und widerlegte das bekannte Schlagwort, wonach die Arbeitgeber in ihrer Existenz gefährdet würden, wenn ein paar Pfennige mehr Lohn gezahlt werden sollen. Die Arbeitskraft werde heute so ausgenutzt, daß die paar Pfennige mehr Lohn schon durch Mehrleistung völlig ausgeglichen werden. Die Arbeitgeber erklärten, sie litten am meisten unter dem Kriege, alles sei teurer geworden, sogar der Fuhrlohn. Das alles solle nicht bestritten werden. Allein wir hätten nur unsere Arbeitskraft zu verkaufen, wir müßten die Lebensmittelpreise nur von unserm Verdienst bezahlen, deshalb müßten wir uns auch mit unserer Lohnforderung nach den Lebensmittelpreisen richten. Den Vogel scheine ja Herr Herzog auf der 47. Delegiertenversammlung der westpreußischen Baugewerksmeister abgeschossen zu haben. Er habe nämlich herausgefunden, daß der Arbeitgeber viele Opfer bringe, während es dem Arbeiter in der Kriegszeit überhaupt nicht schlecht ergangen sei, der habe sich durch andere Arbeit bei höheren Löhnen überall gut gestanden. Herrn Herzog könne geraten werden, sich einmal des Morgens um 5 Uhr vor die einzelnen Läden hinzustellen und unsere Frauen und Kinder zu beobachten, wie viele davon nichts zu essen erhalten. Es sei unerhört, wenn man uns zumute, bei dem wenigen und minderwertigen Essen unsern Mehraufwand durch Ueberstunden auszugleichen. Allen Arbeitgebern sei zu empfehlen, bei unserer jetzigen Lebensweise einmal selbst vier Wochen lang 12 bis 14 Stunden praktisch auf dem Bau zu arbeiten, vielleicht würden dann keine Ueberstunden mehr verlangt. Auch die angekündigte Arbeitsordnung wurde scharf verurteilt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Danzig, nimmt Kenntnis von den am 11. und 12. Februar in Berlin stattgefundenen zentralen Verhandlungen sowie von der Hauptversammlung des Westpreußischen Landesverbandes. Die Versammelten bezeichnen die von den Unternehmern in Vorschlag gebrachte Teuerungszulage als viel zu niedrig, um auch im entferntesten als ein Ausgleich gelten zu können für den Mehraufwand, den der einzelne unter den obwaltenden Umständen hat, und durchaus nicht geeignet, friedliche Verhältnisse im Baugewerbe aufrechtzuerhalten. Ferner erklärt die Versammlung, daß sie unter keinen Umständen eine Arbeitsordnung unterschreiben oder gutheißen werde; nur durch unsere Vertreter der Organisationen werden Verträge abgeschlossen. Ferner erwartet die Versammlung Angebote, die den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen." Hierauf trat Schluß der von 118 Mitgliedern besuchten Versammlung ein.

Deutsch-Lissa. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung tagte hier am 26. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des im Felde gefallenen Kameraden Ernst Neugebauer geehrt. Dann berichtete Kamerad Schmidt aus Breslau über die Tarifverhandlungen im Reichsamt des Innern. Das unzulängliche Angebot der Arbeitgeber wurde in der Diskussion scharf kritisiert und betont, daß die Arbeitgeber bei den Preisen, die sie erhielten, sehr wohl in der Lage seien, mehr Entgegenkommen zu zeigen. Die Versammlung war der Ansicht, daß für Deutsch-Lissa mindestens eine Lohnerhöhung von 8 ₰ eintreten müsse; denn es liege nahe einer Großstadt und habe doch 13 ₰ Lohn pro Stunde weniger als dortselbst bezahlt werde. Im nächsten Punkt gab der Kassierer einen Bericht von der Konferenz in Breslau. Weiter wurde bekanntgegeben, daß am 4. März der erste Zahlabend stattfinde, und die Mitglieder ersucht, ihre Beiträge pünktlich zu begleichen, damit möglichst das Quartal ohne Restwochen abgeschlossen werden könne. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden noch, den Zahlstellenvorstand in seinen Arbeiten zu unterstützen, damit unsere Zahlstelle auch weiterhin in wirksamer Weise für die Interessen der Mitglieder einzutreten in der Lage sei. Ein Hoch auf den Zentralverband schloß die Versammlung.

Gelsenkirchen. Eine Zahlstellenversammlung am 5. März nahm den Bericht einer Sitzung vom 23. Februar entgegen, die zu dem Verhandlungsergebnis und der gegenwärtigen Situation Stellung genommen hatte. Nach einer recht regen Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt zu dem Bericht über die Verhandlungen am 11. und 12. Februar im Reichsamt des Innern folgendes: 1. Die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise und die bisherige Verweigerung von Teuerungszulagen seitens des Arbeitgeberverbandes haben bei den hiesigen Zimmerern eine große Unzufriedenheit erzeugt. 2. Das Angebot der Vertreter des Arbeitgeberbundes bei den Verhandlungen ist nicht geeignet, für die Dauer der Verlängerung des Vertrages die Schwierigkeiten in der Lebenshaltung der Zimmerer zu erleichtern. Aus diesem Grunde hält die Versammlung die Ablehnung des Angebotes durch unsere Vertreter bei den Verhandlungen für selbstverständlich. 3. Sollte ein günstigeres Angebot von dem Arbeitgeberbund gemacht werden, so hat die Versammlung nichts dagegen einzuwenden, wenn unsere Vertreter an neuen Verhandlungen teilnehmen." Die Lohnforderung für Gelsenkirchen wurde einstimmig auf 20 ₰ festgesetzt. Hierauf wurde zur Beitragsfrage Stellung genommen und beschlossen, einen Sommerbeitrag von ℳ 1 pro Woche zu erheben. Die Familienunterstützung an die zum Heeresdienst eingezogenen Kameraden wurde für weitere drei Monate auf ℳ 5 monatlich bemessen. Unter „Verschiedenes" wurde beschlossen, auf Kosten der Lokalkasse eine Agitation im Bezirk Gladbach zu veranstalten, wo gegenwärtig eine rege Bautätigkeit herrscht. Auch im hiesigen Bezirk soll für bessere Agitation gesorgt werden.

Glogau. Am 15. März fand unsere Monatsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kamerad Grandke dem seit 1914 vermißten, jetzt als gefallen gemeldeten Kameraden Alfred Schneider im Namen der Zahlstelle einen herzlichen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Kameraden in üblicher Weise. Dann erstattete der Kartelldelegierte den Bericht von der Kartellkonferenz für die Provinzen Schlesien und Posen, die am 5. März in Liegnitz tagte. Die Gewerkschaftsbaufondskasse am Orte hatte eine Einnahme von ℳ 742,69. Die gesamte Summe beträgt ℳ 8501,62. Der Baufondsmarkenbestand betrug am 1. Januar 1916 15 600 Marken. Von den 15 Gewerkschaften, die dem Kartell angeschlossen sind, wurden bis 1. Januar 1916 ℳ 5925,99 abgeliefert. Unter „Verschiedenes" ließen sich drei Kameraden in den Verband aufnehmen. Dann gab der Kassierer seine neue Adresse vom 1. April bekannt, Mohrenstraße 12, 2. Et. Vom Vorstand wurde noch darauf hingewiesen, mit dafür Sorge zu tragen, daß die jüngeren Kameraden besser die Versammlungen besuchen; getadelt wurde von einigen Kameraden, daß es immer noch Mitglieder gibt, die das ganze Jahr hindurch nicht einmal in der Versammlung erscheinen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Hirschberg i. Schl. Eine Mitgliederversammlung am 14. März beschäftigte sich hauptsächlich mit den Tarifverhandlungen im Baugewerbe. In der sehr lebhaften Debatte wurde die vom Arbeitgeberbunde zugestandene Teuerungszulage als viel zu niedrig bezeichnet. Die Kameraden sprachen sich dahin aus, daß doch die Lebensmittel um das Doppelte, teils sogar um das Dreifache gestiegen seien, und auch die Preise aller andern Gebrauchsgegenstände eine ungeheure Höhe erreicht hätten. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung hat sich mit den Verhandlungen vom 11. und 12. Februar und mit der von den Unternehmern zugestandenen Lohnzulage befaßt. Sie ist der Meinung, daß diese Zulagen als viel zu gering zu bezeichnen sind, und billigt daher das ablehnende Verhalten unserer Vertreter, und setzt das Vertrauen in sie, dahin zu wirken, daß den Zimmerern eine den teuren Zeitverhältnissen angepaßte Lohnzulage zuteil wird."

Karlsruhe. (Jahresbericht.) Die gute Konjunktur, die hier in den Jahren 1912/13 herrschte, ließ im Frühjahr 1914 etwas nach. Bei Kriegsausbruch wurden aber die meisten Kameraden eingezogen; für die Daheimgebliebenen bot sich bald Arbeit genug; ja, die Nachfrage nach Zimmerern war am Anfang dieses Jahres so groß, daß nicht alle Unternehmer mit Zimmerern versorgt werden konnten. Die viele Arbeit brachte uns auch einen bedeutenden Zuzug von auswärtigen Kameraden. Auch viele Schreiner, namentlich aus der Schweiz, wurden auf den Bauten beschäftigt. Während noch im Frühjahr ein großer Teil der Zugereisten organisiert war, wurde später der Zuzug von Organisierten immer kleiner. Das mag wohl seine Ursache in dem für eine Großstadt noch verhältnismäßig niederen Lohn (62 ₰ die Stunde) haben. Viele Kameraden verließen Karlsruhe wieder, als sie hörten, daß sie bei Dyckerhoff & Widmann anfangen sollten. Diese Firma führt einen großen Neubau aus, an dem sehr viele Zimmerleute beschäftigt werden. Die Firma, die ja auch bei uns recht bekannt ist, trat zuerst mit der hiesigen Zahlstelle wegen Vermittlung von Zimmerern in Verbindung. Bald aber nahm sie die Anwerbung von Zimmerern selbst in die Hand. In den Tageszeitungen, in vielen auswärtigen Blättern, meistens Zeitungen auf dem Lande, suchte sie Zimmerleute; auch alle Arbeitsämter erhielten Nachricht, zum Teil unter unwahren Angaben. So wurden zum Beispiel auf dem Arbeitsamt Nürnberg 68 bis 70 ₰ Stundenlohn versprochen; als dann einige Nürnberger Kameraden anfingen, wurde natürlich nur der Tariflohn gezahlt, nichts mehr. Der Bauführer wurde deshalb von den Kameraden zur Rede gestellt. Es müsse ein Versehen des Arbeitsamtes vorliegen, gab er zur Antwort. In der Schweiz waren Agenten für die Firma tätig. Auch da wurden dieselben Mittel angewandt. Einer der Agenten versprach den Schweizer Kameraden, daß Sonntags gearbeitet und recht viel Geld verdient wird. Das traf natürlich nicht zu. Von unserm Vorsitzenden wurde er auf dem Baubureau gefragt, wie er dazu komme, solche Versprechungen zu machen. Solche Mittel werden eben angewandt, um Leute zu erhalten, meinte er ganz trocken. Als die Kameraden herkamen und den wahren Sachverhalt gewahrten, gab es natürlich lange Gesichter. Schon oft ist im „Zimmerer" darauf hingewiesen, daß sich die Kameraden bei der betreffenden Zahlstellenverwaltung erkundigen sollen. In den wenigsten Fällen wurde dieser Rat befolgt. Die Organisierten reisten ab; es blieben nur noch Unorganisierte da. Diese für unsere Organisation zu gewinnen, war unsere erste Aufgabe. Wir müssen uns heute gestehen, daß uns das nur teilweise gelungen ist. Man darf dabei nicht vergessen, daß wir es zum größten Teil mit dem ländlichen Element zu tun haben, und schon in Friedenszeiten ist es schwierig, solche Kameraden für uns zu gewinnen. Bestärkt wurden sie noch durch die beurlaubten Kameraden. Diese glauben immer, sie dürften sich jetzt nicht um ihre Organisation kümmern; alle gegenteiligen Behauptungen wollen sie nicht glauben. Die Militärbehörden haben ja schon öfter erklärt, daß es nicht Soldaten, sondern freie Arbeiter sind. Als nun gar der Beschluß des Hauptvorstandes kam, daß sie beitragspflichtig

sind, da gab's ein großes Hallo. Keiner wollte Beiträge bezahlen; ja, sie vergaßen sich sogar so weit, offen und im geheimen gegen uns zu arbeiten. Unsere Arbeit wurde durch sie auf alle Art und Weise erschwert. In diesem Vorhaben wurden sie durch einige hiesige Kameraden unterstützt. Diese Sorte Kameraden pflegt mit unorganisierten Leuten, die den Vorstand bei jeder Kleinigkeit beim Staatsanwalt anzeigen wollen, ganz freundschaftlichen Verkehr. Das ist um so bedauerlicher, als es sich dabei um alte Kameraden handelt. Entweder entspringt ihr Treiben niederer Rachsucht oder sie sind trotz ihrer langen Verbandszugehörigkeit, mit der sie sich immer brüsten, eben doch noch keine überzeugten Gewerkschafter. Mit diesen Kameraden wird später noch ein Wort zu reden sein. Wenn jeder etwas mit geholfen hätte, so wären wir heute weiter. Die Bauleitung merkte es wohl, daß in unsern Reihen keine Einigkeit herrschte. Von ihrer Auftraggeberin erhielt die Firma Dyckerhoff & Widmann *M* 25 000 Zuschlag. Dieses Geld sollte für Teuerungszulagen verwandt werden. Was machte aber die Firma Dyckerhoff & Widmann? Eine Zeitlang hörte man gar nichts. Auf Drängen der Organisation machte sie durch Anschlag bekannt: wir gewähren eine Zulage von 5 pZt., bezahlt wird sie aber erst — am Schluß des Baues. Wirklich sehr sozial, bei dieser Teuerung den Arbeitern das Geld, das sie ja gar nicht selbst bezahlt, vorzuenthalten. Oeftere Vorstellungen hatten keinen Erfolg. Wir hatten leider nicht die Macht, die Firma zu zwingen, jede Woche die Teuerungszulage auszuzahlen. (Zu Weihnachten zahlte sie wohl aus, aber auch nur die Hälfte, also 2½ pZt., das war alles.) Die übrigen Unternehmer, die nur einen kleinen Teil Zimmerleute beschäftigten, zahlten auch nur Tariflohn. Wir haben öfter versucht, einige Pfennige für unsere Kameraden herauszuholen, leider aber vergebens. Es hieß immer, wir dürfen nicht; trotzdem konnte keiner die Teuerung ableugnen. Die Geschäfte des Vorstandes waren recht groß, weil die ganze Arbeit zum größten Teil von drei Mitgliedern verrichtet werden mußte. Niemand fand sich für ein Amt bereit. Hatten wir einmal einen vollzähligen Vorstand beisammen, so wurden wieder Kameraden eingezogen, andere reisten ab, so daß nur der erste Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer verblieben. Es fanden im Berichtsjahre sieben Mitgliederversammlungen, acht Vorstandssitzungen und eine kombinierte Sitzung mit den Bau- und Holzarbeitern statt. Der Versammlungsbesuch war ein mäßiger, gegen Ende des Jahres ein schlechter. Einnahmen für die Hauptkasse waren: im ersten Quartal *M* 384,55, im zweiten Quartal *M* 1211,35, im dritten Quartal *M* 1301,25, im vierten Quartal *M* 568,60; Summa *M* 3465,75. Gesandt wurden an die Hauptkasse in bar *M* 2482,50, in Belegen *M* 1015,60; Summa *M* 3498,10. Die Ausgaben waren folgende: a) Reiseunterstützung 60 ₰, b) Familienunterstützung im Mai *M* 455, im Dezember *M* 560; die gesamte Ausgabe für die Hauptkasse betrug also *M* 1015,60. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres 1914 einen Bestand von *M* 482,81, eine Einnahme im Jahre 1915 von *M* 1587,14; zusammen *M* 2069,95. Die Ausgabe betrug *M* 978,57, so daß am Ende des Jahres 1915 *M* 1087,48 Lokalkassenbestand vorhanden sind. Zum Militär sind 165 Kameraden eingezogen, gefallen sind 10. Am Schlusse des vierten Quartals 1915 waren noch 69 Mitglieder vorhanden. Aufnahmen hatten wir 234 zu verzeichnen. Das Resultat könnte ein viel besseres sein. Durch die Lauheit und Faulheit vieler Kameraden ist manches versäumt worden. In diesem Jahre gilt es, alles aufzubieten, damit auch der letzte Mann für unsere Sache gewonnen wird. Es sind schon erfreuliche Anzeichen vorhanden, daß jetzt ein frischer Zug in unsere Reihen kommt; in Karlsruhe wäre das auch eine große Notwendigkeit. Etwas mehr Leben, etwas mehr Energie, und wir kommen auch hier vorwärts. Allen Anfeindungen zum Trotz tun wir doch unsere Pflicht, und vorwärts geht es trotz alledem.

Königsberg i. Pr. (Jahresbericht.) Der Beschäftigungsgrad im Berufe war während des ganzen Jahres durchaus gut. Gegenüber der Nachfrage nach Arbeitskräften trat das Angebot zeitweise stark zurück. Die Ursache dieser Erscheinung bestand zum großen Teil darin, daß die Löhne in der Provinz bedeutend höher waren als am Orte. Die Gewährung einer Teuerungszulage wurde vom Arbeitgeberverband unter nichtigen Gründen abgelehnt. Die benötigten Arbeitskräfte wurden dadurch vielfach vom Orte ferngehalten. Den Umfang der Bautätigkeit ergibt folgende statistische Darstellung: Bis zum Jahre 1913 war die Bautätigkeit eine stetig ansteigende. Es wurden an Neubauten fertiggestellt: 1910 92, 1911 133, 1912 244, 1913 260. Im folgenden Jahre begann ein jäher Abstieg, denn die Zahl der Neubauten sank auf 116. Wieviel von diesem Rückgang ausschließlich auf Rechnung des Krieges zu setzen ist, bleibt dahingestellt. In vollem Umfange machten sich die wirtschaftlichen Störungen in der Bautätigkeit im abgelaufenen Jahre geltend: die Zahl der Neubauten betrug nur noch 66. Die Zahl der Neubauten auf alter und neuer Baustelle betrug zusammen — die Zahl für die entsprechende Zeit des Vorjahres 1914 ist jeweils in Klammern beigefügt — im ersten Halbjahr 1915 29 (35), die Zahl der größeren Umbauten 11 (22); im zweiten Halbjahr 1915 wurden 37 (81) Neubauten und 29 (30) größere Umbauten gezählt. Insgesamt gelangten 1915 66 (116) Neubauten und 40 (52) größere Umbauten zur Meldung. Von größerer Bedeutung für die Befriedigung des Wohnbedürfnisses unserer Bevölkerung ist jedoch nicht die Zahl der neu errichteten Gebäude, sondern vielmehr die der durch Neubauten unter Berücksichtigung der Abbrüche neu entstandenen Wohnungen. Der Gesamtzuwachs an Wohnungen betrug 1915 472 (769), während die Jahre 1911 bis 1913 eine Vermehrung um 613, 1753 und 769 gebracht hatten. Der Hauptzuwachs entfiel dabei auf die mittleren und kleineren Wohnungen, wobei jedoch die Einzimmerwohnungen eine Ausnahme bilden: sie nahmen nur um 21 (= 4,45 v. H. des Gesamtzuwachses) zu. Dagegen stieg die Zahl der Zweizimmerwohnungen um 212 (= 44,91 v. H.), die der Dreizimmerwohnungen um 103 (= 21,82 v. H.). Nach der Wohnungsfortschreibung waren Ende 1915 in unserer Stadt 61 857 Wohnungen vorhanden, darunter 25 547 (= 41,30 v. H.) mit einem Zimmer, 1835 (= 29,67 v. H.) mit zwei, 9549 (= 15,44 v. H.) mit drei, 4216 (= 6,82 v. H.) mit vier, 1968 (= 3,18 v. H.) mit fünf, 1041 (= 1,68 v. H.) mit sechs, 581 (= 0,94 v. H.) mit sieben, 256 (= 0,41 v. H.) mit acht und 345 (= 0,56 v. H.) mit mehr als acht Zimmern. Im Jahre 1915 hatte sich die Zahl der Wohnungen um 472 (= 0,77 v. H. des Bestandes Ende 1914) vermehrt. Der relative Zuwachs ist jedoch bei den einzelnen Wohnungsgrößen ganz verschieden. Am beträchtlichsten stand er unter dem relativen Gesamtzuwachs bei den Einzimmerwohnungen, wo er nur 0,08 v. H. des Bestandes am Ende des Vorjahres betrug. Größer als der relative Gesamtzuwachs (0,77) ist der der Zweizimmerwohnungen mit 1,17 und der der Dreizimmerwohnungen mit 1,09, noch bedeutender der der Vier-, Fünf- und Sechszimmerwohnungen mit 1,74, 2,18 und 1,76, unter ihm stand der der Sieben- und Achtzimmerwohnungen mit 0,69 beziehungsweise 0,39, während die Zahl der noch größeren Wohnungen sich sogar um eine verringert hatte. In der gesamten Beobachtungszeit (1912 bis 1915) vermehrte sich die Gesamtzahl der Wohnungen um 4720 (= 8,56 v. H. des Bestandes Ende 1911); sie betrug Ende 1915 61 857. Aus dieser Statistik ist ersichtlich, daß ein großer Teil der Bevölkerung in völlig unzulänglichen Wohnräumen wohnt; denn über 40 pZt. aller Wohnungen bestehen aus Einzimmerwohnungen. Würde man gesunde Wohnräume als ein Kulturbedürfnis und nicht als Handelsware betrachten, dann könnte die Bautätigkeit am Orte noch ganz bedeutend belebt werden. — Der Rückgang der privaten Bautätigkeit im Berichtsjahre wurde reichlich ersetzt durch militärische Bauten und landwirtschaftliche Nutzbauten in der Provinz. Eine Anzahl auswärtiger Firmen hat sich niedergelassen, die von hier, aus der Metropole Ostpreußens, Arbeiten für die ganze Provinz übernehmen. Diese „lästigen Ausländer" sind zwar den hiesigen Unternehmern ein Dorn im Auge, aber sie haben bei uns den Vorzug, indem sie in der Regel bedeutend höhere Löhne zahlen. — Außer einigen Fällen von Lohnstreitigkeiten ist es zu Differenzen mit Arbeitgebern nicht gekommen. — Die Mitgliederzahl hat sich nicht wesentlich erhöht. Sie betrug am Schlusse des Jahres 218, gegenüber 203 im Vorjahre. Im Laufe des Jahres wurden 80 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen. An die Familien der Kriegsteilnehmer wurden *M* 6672 an Unterstützung gezahlt. Das Berichtsjahr, ein volles Kriegsjahr, hatte eine bedeutende Mindereinnahme an Beiträgen zur Folge. — Die Organisationstätigkeit wird durch den Kriegszustand noch immer wesentlich behindert. Trotzdem müssen alle Kräfte wirksam gemacht werden, damit der Organisationsgedanke immer tiefere Wurzeln schlägt. Ohne Organisation ist ein Fortschritt, ein höherer Aufstieg zur Kultur für uns nicht möglich. Mit dieser Erkenntnis auch den letzten Kameraden zu erfüllen, sei uns heiliger Beruf. Besonders diejenigen Kameraden, die in der kommenden Zeit nach hier zureisen, sollten es sich angelegen sein lassen, ihr Wollen und Wirken auch hier in den Dienst unseres Verbandes zu stellen; denn unsere allgemeinen Interessen gliedern sich nicht nach Kreisen und Provinzen, sondern sind in allen Landesteilen die gleichen.

Landau i. d. Pfalz. Hier befaßte sich am 12. März eine Mitgliederversammlung mit dem Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen. Nach längerer und eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen in Berlin; sie ist mit dem Standpunkt der Vertreter unseres Verbandes voll und ganz einverstanden und erwartet von ihnen, daß sie einen Tarifvertrag nur dann abschließen, wenn die Unternehmer eine annehmbare Lohnerhöhung, die mindestens 30 bis 35 pZt. betragen soll, gewähren."

Lörrach. Eine am 14. März stattgefundene Versammlung nahm den Bericht über die zentralen Verhandlungen entgegen. Die Diskussion ließ erkennen, daß alle Redner durch das niedrige Angebot der Arbeitgeber enttäuscht waren. Die Versammelten waren der Meinung, daß die Unternehmer in Rücksicht auf die außerordentliche Teuerung bedeutend mehr leisten könnten; sie erwarten, daß unsere Vertreter bei etwa späteren Verhandlungen darauf bedacht sind, eine Lohnzulage von mindestens 40 pZt. durchzusetzen.

Lötzen. Die hiesigen Kameraden nahmen in einer Versammlung am 5. März den Bericht über die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe entgegen. Kamerad Nikolai aus Rastenburg erinnerte dabei auch daran, daß der Lohn- und Arbeitsvertrag für Lötzen und Umgegend schon im Vorjahre, am 31. März 1915, abgelaufen sei und deshalb auch hier versucht werden müsse, eine Neuregelung herbeizuführen. Daher gelte es, auf dem Posten zu sein. Jeder Kamerad rühre die Werbetrommel so lange, bis auch der letzte Zimmerer unserm Verbande zugeführt sei. In „Verbandsangelegenheiten" bat Kamerad Max Thomas, man möge ihn von seinem Hilfskassiererposten ablösen, da ihm wiederholt zum Vorwurf gemacht worden sei, er sei viel zu jung und könne andere Zimmerer über Verbandsangelegenheiten nicht aufklären. Kamerad Schmock übernahm den Posten freiwillig.

Lyck. Unsere Mitgliederversammlung am 9. März beschäftigte sich zunächst mit der Lohnfrage. Kamerad Finsel-Elbing erstattete Bericht von den Tarifverhandlungen. Das Angebot der Arbeitgeber sei von unsern Vertretern als viel zu niedrig abgelehnt worden. Mangels genügendem Entgegenkommen der Arbeitgeber seien somit die Verhandlungen resultatlos verlaufen. Die Situation im Baugewerbe werde nunmehr ernst, alle Kameraden müßten die nächsten Vorgänge scharf beobachten, damit wir dem Kommenden getrost ins Auge schauen könnten. Redner hob noch hervor, daß der Lohn- und Arbeitsvertrag im Baugewerbe für Lyck und Umgegend schon im Vorjahre, am 31. März 1915, abgelaufen sei und wir auch hier versuchen müßten, ihn, wenn es möglich sei, zu erneuern. In der Aussprache wurde auch erwähnt, daß die Lycker Kameraden während der wiederholten Russeneinfälle großen Gefahren ausgesetzt waren und daß sie in der langen Zeit nicht bloß wirtschaftlich ruiniert seien, sondern daß auch die vor dem Kriege gut funktionierende Zahlstelle stark gelitten habe. Es müsse unter allen Umständen versucht werden, die Zahlstelle wieder auf die Höhe zu bringen; denn mit dem Wiederaufbau Ostpreußens müsse auch der Wiederaufbau unseres Zentralverbandes nach Kräften gefördert werden. Das seien wir auch unsern sich im Schützengraben befindenden Kameraden schuldig. Das, was sie mit uns in den Vorjahren schwer erkämpft haben, müsse nicht nur erhalten, sondern noch verbessert werden. Unsere Parole laute daher: Auf, zur Werbearbeit für unsern Zentralverband! Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In „Verbandsangelegenheiten" wurde der Zahlstellenvorstand ergänzt durch einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und zwei Revisoren. Auch wurde die Notwendigkeit anerkannt, daß Kamerad Nicolai sich einige Tage der hiesigen Zahlstelle widme, um dem neugewählten Vorstande in den Verbandsgeschäften zur Hand zu gehen und Sitzungen und Besprechungen abzuhalten betreffs der Agitation. Nachdem Kamerad Nicolai die Adressen der Neugewählten festgestellt und ihnen ein Glückauf zugerufen hatte, schloß er die Versammlung.

Pforzheim. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 5. März erstattete der Gauleiter Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern das Verhalten unserer Vertreter gutgeheißen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 5. März tagende Zimmererversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis vor dem niedrigen Angebot der Unternehmer. Die Versammlung beruft sich auf die Tatsache, daß von Regierungsseite im Reichstag eine Verteuerung der Lebensmittel um 58 pZt. anerkannt wurde. Da die Löhne der Zimmerer vor dem Kriege unzureichend waren, wäre in Anbetracht der Teuerung eine Lohnerhöhung von 50 pZt. gerechtfertigt. Die Zimmerer erkennen aber an, daß es den Bau- und Zimmermeistern zurzeit nicht möglich ist, eine solche Belastung zu tragen. Anderseits erfordert aber die unerträglich gewordene wirtschaftliche Lage der Zimmerer eine wesentliche Erhöhung ihres Einkommens. Die Versammlung erwartet deshalb, daß die Arbeitgeber bei weiteren Verhandlungen eine beträchtliche Lohnerhöhung zugestehen werden." Unter „Verschiedenes" wurden örtliche Angelegenheiten erörtert. Drei Kameraden ließen sich in den Verband aufnehmen. Mit einem Appell des Vorsitzenden wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Rastenburg. Hier fand am 8. März eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kamerad Finsel-Elbing referierte über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen. Unsere Vertreter haben das Angebot der Arbeitgebervertreter als viel zu niedrig abgelehnt. Die Arbeitgeber ließen durchblicken, daß die Arbeiter im Baugewerbe mit einer solchen Lohnzulage zufrieden sein würden. Dies steht mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch. Die Arbeiter haben ein größeres Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber erwartet. Sie können nicht dauernd die schwersten Lasten des Krieges tragen, wenn sie nicht ihre Gesundheit aufs Spiel setzen wollen. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Angebot der Arbeitgeber in keiner Weise den Verhältnissen der Zeit entspricht. Die anwesenden Zimmerer von Rastenburg erklärten einmütig, daß sie mit der ablehnenden Haltung unserer Vertreter bei den Tarifverhandlungen einverstanden sind und ihnen auch ferner das Vertrauen schenken werden. In weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern könne nur eingetreten werden, wenn eine den Verhältnissen entsprechende Lohnzulage geboten würde. In „Verbandsangelegenheiten" beschwerte sich der Vorsitzende Jortzig über das Verhalten der zugereisten Zimmerer hier im Osten. Er sei mit solchen in verschiedenen Orten in Berührung gekommen. Sobald man an sie die Frage richte, wie es mit der Verbandszugehörigkeit stehe, antworten alle, sie seien organisiert, zahlten aber ihre Beiträge zu Hause in ihrer Zahlstelle und hätten auch die Verbandsbücher zu Hause gelassen. Sehr unkameradschaftlich hätten sich in letzter Zeit einige Zimmerer benommen, die aus Königsberg sein wollten. Kamerad Nicolai konnte diese Klagen nur bestätigen, ihm sei es vielfach ähnlich ergangen. Da sei es kein Wunder, wenn wir den Erwartungen unseres Zentralvorstandes hinsichtlich Agitation im Osten nicht entsprechen könnten; denn nicht allein die Kontrolle, nein, die gesamte Agitation werde uns hierdurch erschwert, ja nahezu unmöglich gemacht. Der Gauleiter wurde ersucht, sich an die Verbandsleitung um Abhilfe zu wenden.

Reichenbach i. V. Am 13. März tagte unsere Versammlung. Der Vorsitzende hieß die Kameraden willkommen und bemerkte, daß der Versammlungsbesuch ein noch besserer sein könnte. Dann wurde Stellung genommen zu der Tarifverhandlung. Nach längerer Aussprache wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Zimmerer der Zahlstellen Reichenbach, Mylau und Netzschkau sich mit der Taktik des Zentralvorstandes einverstanden erklären, die er bei der Verhandlung befolgt hat. Sie betrachten das Angebot der Unternehmer als viel zu niedrig. Die Versammlung erwartet vielmehr Angebote, die den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß die unorganisierten Berufsgenossen bei dieser Tarifbewegung in unsere Reihen geholt werden müßten. Nachdem noch einiges unter Punkt „Verschiedenes" erledigt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Speyer. Am 7. März fand eine Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Schilling aus Mannheim über die Tarifverhandlungen im Reichsamt des Innern in Berlin Bericht erstattete. Alle Kameraden waren mit der Haltung unserer Vertreter einverstanden und setzten das Vertrauen in diese, daß sie unsere gerechten Forderungen auch späterhin mit allem Nachdruck vertreten werden. Nach sachlicher Debatte kamen die Kameraden zu folgendem Beschluß: „Die am 7. März in Speyer tagende Zimmererversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem niedrigen Angebot, das die Unternehmer bei den Verhandlungen in Berlin gemacht haben. Die Versammlung beruft sich auf die Tatsache, daß von seiten der Regierung im Reichstage eine Verteuerung der Lebensmittel um 58 pZt. anerkannt wurde. Da die Löhne unserer Kameraden vor dem Kriege schon unzureichend waren, so wäre in Anbetracht der Teuerung eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung gerechtfertigt. Die Versammlung erwartet deshalb, daß die Arbeitgeber bei weiteren Verhandlungen eine beträchtliche Lohnerhöhung zugestehen werden."

Stettin. Am Sonntag, 12. März, tagte unsere Mitgliederversammlung, die sich wegen der wichtigen Tagesordnung eines guten Besuches erfreute. Die Versammlung

nahm ein Referat von Kamerad Michaelis entgegen, welcher das Angebot der Arbeitgeber schilderte. In trefflichen Worten führte Redner die bisherige Haltung des Arbeitgeberbundes und dessen Stellungnahme zu einer Teuerungszulage vor und ging dann zu den zentralen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe über, wobei er die eingenommene Haltung unserer Vertreter besonders erwähnte. In der Diskussion wurde die Haltung der Arbeitgeber einer scharfen Kritik unterzogen. Die Arbeitgeber für das Baugewerbe sollten nicht glauben, daß ihre „vaterländische Tat" (wie sie in einigen bürgerlichen Blättern hingestellt wird) mit einer freudigen Genugtuung aufgenommen wird. Nein, die Arbeitgeber für das Baugewerbe scheinen die Meinung jenes braven Mannes zu haben, der, um den Schmerz zu mindern, seinem Hunde den Schwanz stückweise abhackte. Scharf verurteilt wurde das Rundschreiben des Vorstandes des Arbeitgeberbundes an seine Mitglieder wegen der zu zahlenden Kriegszulage usw. Die Arbeitgeber sollten sich doch einmal an den Tisch eines Zimmermannes heransetzen und mit der schmalen Kost vorliebnehmen. Der Verdienst reicht dazu nicht aus, um anzuschaffen, was einem körperlich schwer arbeitenden Menschen zukommt. Schreiber dieser Zeilen, dessen Familie aus sechs Köpfen besteht, hat bei einer Ausgabe von *M* 33,60 in der Woche mit seiner Familie mit zwei Pfund Rindfleisch auskommen müssen. Zu Fischen an fleischlosen Tagen langt es nicht mehr. Kann die Regierung die Verantwortung auf sich nehmen, daß der Nachwuchs an Unterernährung zugrunde geht? Sehen die Arbeitgeber nicht selbst ein, daß die Quantität der Arbeit weniger wird, weil der Arbeitnehmer infolge seines kargen Verdienstes und der unerschwinglich hohen Lebensmittelpreise nicht mehr das einkaufen kann, was er haben muß? Weiter sprachen sich sämtliche Diskussionsredner dahin aus, daß unsere Vertreter am 11. und 12. Februar recht gehandelt haben, indem sie das Angebot einstimmig ablehnten und von dieser Haltung nicht ablassen, wenn nicht wenigstens ein besseres Angebot von den Arbeitgebern gemacht wird. Die Massen der deutschen organisierten Zimmerer stehen hinter ihnen und geben in jeder Versammlung, auf jeder Arbeitsstelle ihre volle Zustimmung. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung nimmt davon Kenntnis, daß die Tarifverhandlungen für das deutsche Baugewerbe, die am 11. und 12. Februar in Berlin stattfanden, ergebnislos verlaufen sind. Die Hoffnung der Arbeiter, daß das Unternehmertum den Teuerungsverhältnissen wenigstens zum Teil Rechnung tragen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Das Angebot, das die Arbeitgebervertreter machten, mußte für die Arbeitnehmervertreter als vollständig unannehmbar zurückgewiesen werden, da es den Teuerungsverhältnissen nicht im geringsten entsprach. Die Versammelten erklären sich mit dem Verhalten der Arbeitnehmervertreter bei den Tarifverhandlungen durchaus solidarisch und erwarten, daß nur in weitere Verhandlungen eingetreten wird, wenn die Arbeitgeber des deutschen Baugewerbes willens sind, den Teuerungsverhältnissen entsprechende Angebote zu machen und mit den entsprechenden Vorschlägen an die Vertreter der Arbeiterschaft herantreten. Wenn die Arbeitgeber sich der Selbsttäuschung hingeben, als seien die Arbeiter mit dem Angebot der Arbeitgebervertreter bei den Tarifverhandlungen zufrieden, und in der Oeffentlichkeit den Glauben zu erwecken suchen, als seien nur die Zentralinstanzen der Arbeiter die „Unzufriedenen", dann täuschen sie sich gründlich. Die Versammelten haben zu ihren Vertretern das vollste Vertrauen und erwarten, daß den Arbeitern zu einer der gegenwärtigen Teuerung einigermaßen entsprechenden Lohnerhöhung verholfen wird."

Straßburg i. E. In einer Mitgliederversammlung am 12. März wurde über die zentralen Tarifverhandlungen berichtet. An den Bericht schloß sich eine sehr eingehende Diskussion. Alle Redner gaben ihrer Enttäuschung über das geringe Angebot Ausdruck. Nachdem selbst von Regierungsseite im Reichstage eine Verteuerung der Lebenshaltung um 58 pZt. zugegeben sei, müsse schon eine merklich höhere Aufbesserung der Löhne erfolgen. Eine Zulage von 25 ₰ pro Stunde wäre gewiß nicht zu hoch. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung fand Annahme.

Wiesbaden. Am 12. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, um Stellung zu den zentralen Verhandlungen zu nehmen. Nachdem Kamerad Ehlers-Frankfurt Bericht erstattet hatte, entspann sich eine recht lebhafte Diskussion. Alle Redner bezeichneten das Angebot der Arbeitgeber als unannehmbar. Besonders wurde hervorgehoben, daß es wie Hohn klingt, wenn der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband in seiner Zeitschrift den Beschluß der Arbeitgeber als eine vaterländische Tat bezeichnet. Der Weihnachtsbeschluß des Mitteldeutschen, der alle Arbeitgeber, die Kriegszulagen zahlten, unter schwere Strafe stellt, bringt die vaterländische Tat in das richtige Licht. Von einigen Rednern wurde betont, daß es nicht ratsam sei, den Tarif überhaupt zu verlängern, es müsse vielmehr auch jetzt das Spiel der freien Kräfte den Ausschlag geben. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Haltung der Zentralvorstände, die das Angebot der Arbeitgeber ablehnten, wird gutgeheißen. Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt, ein weiteres Entgegenkommen zu zeigen, aufgeben. Sollte das letztere aber nicht der Fall sein, dann werden die Wiesbadener Zimmerer dafür sorgen, daß ab 1. April ein Lohn gezahlt werden muß, der den wirklichen Verhältnissen entspricht."

Baugewerbliches.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter!

Werte Kollegen! Der Versand der Zirkulare an die Funktionäre unserer Organisation ist abgeschlossen. Dem in dem Zirkular zum Ausdruck gebrachten Ersuchen, über die Schutzverhältnisse bei den Bauten in den einzelnen Orten und Landesteilen im Jahre 1915 an den Unterzeichneten einen Bericht einzusenden, ist bis jetzt nur in geringer Zahl entsprochen worden. — Angesichts des nicht unbeträchtlichen Menschenverlustes durch die Kriegskatastrophe fordern die Bundesregierungen wie auch das Reichsversicherungsamt eine festentschlossene Wahrnehmung des Arbeiterschutzes in allen gewerblichen Betrieben und in allen Betriebsstätten. Das ministerielle „Zentralblatt der Bauverwaltung" für Preußen gibt in der Nr. 9 dieses Jahres ebenfalls eine klargefaßte Anregung dahingehend: „. . . daß die Unfallverhütung im Baugewerbe eine höhere Beachtung verdient als bisher." Bei diesem Ernst der Sachlage und bei dem großen Wert unserer Schutzbestrebungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter kann es unsern leitenden Kollegen nicht schwer fallen, einen solchen Bericht zu geben. — Hier erfordert die Pflicht ein pflichtmäßiges Handeln!

Ueber die Beteiligung der Bezirks- und Gauleiter sowie der Zweigvereins- oder Filialvorsitzenden der Verbände an dieser Berichterstattung und deren Inhalt wird in einigen Wochen von dem Unterzeichneten in der Fachpresse eine Darstellung gegeben werden.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
(Sozialpolitische Abteilung.)
J. A.: G. Heinke, Berlin SO 16, Engelufer 15, 4. Et.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Die Arbeitgeberverbände und die Tarifverträge. Wie wir bereits in Nr. 10 des „Zimmerer" begonnen haben, Publikationen der Arbeitgeberverbände zu den Tarifverträgen an dieser Stelle zu registrieren, gedenken wir das auch fortzusetzen, um solche Publikationen unsern Kameraden näherzubringen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns der Kritik möglichst enthalten, um der Kritik in unsern Verbandszahlstellen den breitesten Spielraum zu lassen. Wir wünschen nämlich, daß man sich in unsern Verbandszahlstellen möglichst mit allen Erscheinungen auf diesem Gebiet eingehend beschäftigt und darüber im „Zimmerer" Bericht erstattet. Im Interesse unserer Kameraden liegt das in erster Linie. Die geflissentlich fruktifizierte Auffassung, als machten die „Führer" auf diesem Gebiet alles selbständig, ist den Arbeiterinteressen sehr schädlich, wie in immer weiteren Kameradenkreisen eingesehen werden muß. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß sich möglichst viele Stimmen aus dem Verbande in den Zahlstellenberichten über diese Publikationen äußern.

*

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe" bringt in seiner Nr. 11 vom 17. März eine Tätigkeitsübersicht des Kartells der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins über das Jahr 1915, worin ausgeführt wird:

Den breitesten Raum nahmen in der Tätigkeit des Kartells die Bemühungen für die Aufrechterhaltung der Tarifverträge ein. In den angeschlossenen Verbänden bestehen seit vielen Jahren Tarifvereinbarungen. Es ist daher schmerzlich, erklären zu müssen, daß die Tarifverträge in den meisten Gewerben dem Sturm, den der Arbeitsmarkt zu bestehen hatte, nicht standgehalten haben. Als infolge der ständigen Einberufungen zum Heeresdienst und der starken Inanspruchnahme des Arbeitsmarktes durch die Industrie die zur Verfügung stehende Anzahl von Arbeitskräften immer geringer wurde und ein empfindlicher Mangel an Arbeitern eingetreten war, begann die Arbeiterschaft, die Konjunktur auszunutzen und unter Hinweis auf die Verteuerung der Lebenshaltung Lohnzulagen zu beanspruchen. Einzelne Arbeitgeber verlockte die günstige Aussicht, durch eine Zulage so viele tüchtige Arbeitskräfte zu erhalten, um die übernommenen Arbeiten ohne Verzögerung fertigzustellen, zu Bewilligungen, die in der ersten Zeit unbegründet und auch nicht nötig waren. Die Folge war, daß bei andern Arbeitgebern ähnliche Forderungen gestellt wurden und daß nach und nach diejenigen Arbeitgeber, welche der Weisung ihrer Organisation getreu die Zulage ablehnten, Arbeiter nicht mehr bekamen, so daß auch sie schließlich bewilligen mußten. So trat denn ein allmähliches Hinaufschrauben der Löhne ein, das zu einem unhaltbaren Zustande geführt hat. Die Organisationen der Arbeitnehmer verhielten sich diesen Vorgängen gegenüber ziemlich passiv. Sie beschränkten sich im wesentlichen darauf, nach außen hin zu erklären, daß die Tarife innegehalten werden müßten und daß die Arbeitnehmer kein Recht hätten, höhere Löhne zu fordern. Daß die Mitglieder der Organisationen jedoch das Arbeitsverhältnis auflösten, wenn ihnen ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, und daß sie nur dort wieder Arbeit nahmen, wo ihnen höhere Löhne gewährt wurden, sahen sie ruhig mit an und hatten dafür die Entschuldigung, daß es dem einzelnen Arbeitnehmer kaum verdacht werden könne, wenn er wegen der Teuerung sein Einkommen zu erhöhen versuche. Daher waren ausgangs 1915 die Tarifverträge so durchlöchert, daß sie ihren Wert für die Arbeitgeber verloren hatten. Diese Vorgänge wiederholten sich in allen Berufen, wo Beschäftigung vorhanden war und Arbeiter gesucht wurden.

Im Oktober 1915 wurde offiziell zuerst von der Organisation der Glaser der Antrag gestellt, eine Kriegszulage zu den Tariflöhnen zu gewähren. In der Folge sah sich auch der Verband des Tapeziergewerbes und der Verband der Isolierfirmen genötigt, von Verbands wegen eine Teuerungszulage zu gewähren. Das Kartell blieb in seiner Mehrheit auf dem Standpunkt, daß die offizielle Bewilligung von Teuerungszulagen eine Durchbrechung der Tarife bedeuten würde, die für die Zukunft die bedenklichsten Folgen haben könnte und daher unbedingt vermieden werden müsse, da überdies durch eine Lohnerhöhung eine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes nicht erzielt werden könnte. Man hielt fest an dem Grundsatz, daß es das geringere Uebel sei, wenn einzelne Arbeitgeber des Berufes Lohnerhöhungen bewilligen gegenüber der Tatsache, daß von Verbands wegen ein Tarifvertrag innerhalb seiner Geltungsdauer hinsichtlich seines wichtigsten Bestandteiles eine Abänderung erfahren würde. Dieser Standpunkt deckt sich mit demjenigen, welchen die zentralen Arbeitgeberorganisationen des deutschen Baugewerbes eingenommen haben.

Ob die Tarifverträge in ihrer Wertschätzung durch die Vorgänge während des Krieges etwas einbüßen werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Das wird davon abhängen, ob die während des Kriegszustandes geschlossenen Erneuerungen der Verträge innegehalten und durchgeführt werden. Man kann den Gewerkschaften zugute halten, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Tarifverträge durch den Krieg eine so gewaltige Aenderung erfahren haben, daß schließlich die Macht der Verhältnisse stärker wurde als der Wille zur Innehaltung der Tarife. Dieser Einwand kann jedoch bei den neuen Tarifabschlüssen nicht mehr erhoben werden; denn nun sind den Parteien die wirtschaftlichen Grundlagen für die Vertragserneuerungen bekannt, und es wäre ein böser Schlag für die Entwicklung der Tarife, wenn auch mit den neuen Abschlüssen wiederum schlechte Erfahrungen gemacht werden würden. Auch den Arbeitgeberverbänden liegt es ob, den Tarifen ihre bisherige Bedeutung zu erhalten. Gesündigt wurde auf beiden Seiten; den Arbeitgebern muß eingeschärft werden, daß sie sich gegen die Allgemeinheit in schlimmer Weise versündigen, wenn sie nicht das Rückgrat zeigen, jede Ueberschreitung der Tarife energisch zurückzuweisen.

Zum ersten Male wollte das Kartell im Frühjahr 1916 eine gemeinsame Erneuerung der am 31. März 1916 ablaufenden Tarife vornehmen. Während es bisher bei den Tarifverhandlungen nur unterstützend einwirken konnte, sollte es nun den Abschluß der Verträge selbst übernehmen und keinen Tarif unterzeichnen, ehe nicht die Verhandlungen in allen Gruppen zu einer Verständigung geführt hatten.

Da jedoch durch die offizielle Bewilligung von Kriegsteuerungszulagen in einzelnen Verbänden eine einheitliche Grundlage für den gemeinsamen Abschluß nicht mehr bestand und es auch nicht angebracht erschien, während des Krieges an die Lösung einer Aufgabe von so grundsätzlicher Bedeutung heranzutreten, wurde beschlossen, den gemeinsamen Abschluß bis nach Friedensschluß zu verschieben. Für die Tariferneuerungen im Frühjahr 1916 wurden indessen gewisse Grundsätze aufgestellt. Die zum gemeinsamen Tarifabschluß verbundenen Verbände verpflichten sich, den gleichen Ablaufstermin für die neuen Tarife festzusetzen und prinzipielle Aenderungen an dem Inhalt der Verträge nicht vorzunehmen. Hinsichtlich der Lohnfrage wurde ihnen volle Freiheit gewährt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Tarifverträge, welche Mindestlöhne enthalten, von seitem der Arbeitnehmer nicht gekündigt worden sind; diese laufen sämtlich ein Jahr weiter. Im Malergewerbe ist ein neuer Tarifvertrag zu günstigen Bedingungen zustande gekommen, die Verhandlungen des engeren Baugewerbes waren noch nicht abgeschlossen. . . .

Wir kommen zum Schluß dieser kurzen Uebersicht über unsere Tätigkeit im Jahre 1915.

Bei Besprechung der wirtschaftlichen Lage mußten wir zum Ausdruck bringen, wie ernst die Lage unseres Bauhandwerkes ist. Die Zeiten sind hart, und niemand weiß zu sagen, was bevorsteht. Die gute Zuversicht lassen wir uns indessen nicht nehmen. Eine Notwendigkeit erfordert die Aufmerksamkeit. Wir alle haben gelernt, daß, je komplizierter das Wirtschaftsleben wird, je mehr die Interessen der einzelnen Berufsstände sich entgegenstehen, nur das Gewerbe auf Berücksichtigung seiner Wünsche, auf die Erhaltung seiner Lebensbedingungen rechnen darf, das sich in der Organisation einen Machtfaktor zu schaffen verstanden hat. Landwirtschaft und Industrie geben uns hierfür den besten Beweis. Von der Tribüne des Abgeordnetenhauses ist erst kürzlich der Ausspruch gefallen, daß das Handwerk der Organisation immer noch mit einer unverständlichen Gleichgültigkeit gegenübersteht. Das wird jeder unterschreiben, der in unsern Organisationen gearbeitet hat. Wir wollen nicht einmal von denen sprechen, die den Organisationen noch immer fernstehen, die müssen gewonnen werden; aber auch in den Reihen unserer Mitglieder finden wir leider viele, bei denen ein innerer Zusammenhang mit ihrer Berufsorganisation kaum besteht, die eine oft erschreckende Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit an den Tag legen. Hier bietet sich ein großes Feld zur Bearbeitung, das beackert und fruchtbar gemacht werden muß, wenn wir in Zukunft bestehen wollen.

Es ist kein Zweifel, daß uns nach dem Kriege große und schwierige Aufgaben bevorstehen. Sowohl hinsichtlich der Arbeiterfragen als auch der sozialen Gesetzgebung und der allgemeinen Berufs- und Wirtschaftsfragen werden wir unsere Interessen schärfer noch als zuvor zu vertreten haben. Darum ist es an der Zeit, an den Ausbau und die Erstarkung unserer Organisationen zu denken und uns so zu festigen, daß wir die Kraft haben, uns durchzusetzen. In Zeiten der Not rückt man zusammen, damit einer den andern unterstützen kann. Diese Aufgabe will das Kartell im neuen Jahre erfüllen.

Der Westpreußische Landesverband der Arbeitgeber im Baugewerbe hielt am 12. März seine Hauptversammlung ab. Herr Laufer-Königsberg als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberbundes referierte über die Tariffrage. Die Verhandlungen seien ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitnehmer eine durchschnittliche Stundenlohnerhöhung von 15 bis 20 ₰ verlangten, während die Arbeitgeber die Forderungen nur zu einem Drittel zu bewilligen bereit waren. Der Beschluß der Arbeitgeber lautete dahin, vom 15. März d. J. an freiwillig in Städten bis zu 5000 Einwohnern 4 ₰, in allen andern Orten mit einer täglichen Arbeitszeit bis zu neun Stunden 6 ₰ und in Städten mit über neunstündiger Arbeitszeit 5 ₰ auf den bisherigen tariflichen Stundenlohn zuzulegen, auch wenn der Vertrag nicht verlängert werden sollte. Sollten bis zum 31. März dieses Jahres weder neue Schiedsgerichtsverhandlungen beginnen, noch die Tarifverträge verlängert werden, so werde der Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe als Ersatz eine Arbeitsordnung herausgeben, die von den Arbeitgebern allen Arbeitnehmern zur Unterschrift vorgelegt werden soll. Der Westpreußische Landesverband stimmte dem Beschluß der Hauptversammlung zu und beschloß, die Stundenlohnerhöhung als Kriegszulage auch in Westpreußen vom 15. März dieses Jahres an zu bewilligen. In Danzig, wo eine Erhöhung des tariflichen Stundenlohnes von 5 ₰ Platz greifen würde, wird die Erhöhung

nur 3 ₰ betragen, da die inzwischen schon gewährte Kriegszulage von 2 ₰ pro Stunde auf die vom Arbeitgeberverband beschlossene Lohnerhöhung angerechnet werden soll. In einzelnen Gebieten der Provinz, wo bereits eine höhere als jetzt vom Arbeitgeberverband beschlossene Kriegszulage gezahlt wird (in Graudenz beispielsweise wird schon seit einiger Zeit eine Kriegszulage von 7 ₰ pro Stunde gezahlt), bleibt es auch weiter bei diesem höheren Lohnsatz:

An die Tagung des Landesverbandes der Arbeitgeber schloß sich an der 30. Bezirkstag der westpreußischen Bauinnungen, gleichzeitig die 47. Delegiertenversammlung westpreußischer Baugewerksmeister. Der Vorsitzende, Herr Herzog-Danzig, führte hier aus: Im allgemeinen werde überall ebenso wie in Danzig über Mangel an geschultem Personal geklagt, was nicht allein mit den militärischen Einberufungen zusammenhängt, sondern besonders darauf zurückzuführen ist, daß der Arbeiter jetzt in der Kriegszeit anderwärts lohnendere Beschäftigung findet. Man könne wohl sagen, daß der Arbeiter im allgemeinen durch den Krieg nicht zu leiden habe. Auch das Handwerk leide durchweg wohl keine Not, das habe eine Rundfrage nach Kreditbedürftigkeit gezeigt. Eine solche sei überall verneint worden und nur da vorgefunden, wo sie bereits vor dem Kriege vorhanden gewesen.

Aus Belgien.

In Nr. 52 des „Zimmerer", Jahrgang 1914, veröffentlichten wir die Schilderung einer Reihe von Erlebnissen eines langjährigen, uns besonders nahestehenden Verbandskameraden, der als Einundvierziger, und zwar als Landsturmpionier, am 16. August 1914 einrücken mußte und bald darauf mit seinem Truppenteil, einer Landsturm-Pionierkompagnie, nach Belgien zog. Die nachfolgenden Zeilen bilden die Fortsetzung obenerwähnter Schilderung. Vorweg möge noch bemerkt werden, daß die Kompagnie in den ersten Kriegsmonaten zu einer Belagerungstruppe gehörte, später aber als Festungsbesatzungstruppe Verwendung fand.

Werte Kameraden!

Nachdem im Dezember 1914 die schwere Brücke bei Antwerpen und die zum Schutze derselben etwa 500 bis 600 m zu beiden Seiten entfernten Minensperren fertiggestellt waren, wurde unsere Kompagnie am 29. Dezember 1914 von Antwerpen nach Haesdonk, westlich der Schelde im Bereich A., verlegt. Nach etwa drei Stunden Marsch gelangten wir dort an. Der Ort war bereits stark mit Militär belegt, so daß wir uns für diese und die folgende Nacht mit einem Strohlager in der Sonntagsschule der katholischen Gemeinde zufriedengeben mußten. Eine Annehmlichkeit war dies, in ungeheiztem Raum, in kalter Nacht, gerade nicht, um so weniger, als wir während des Marsches durchnäßt, durch die längere Anwesenheit in A. aber auch verwöhnt waren. Am folgenden Morgen 9 Uhr waren wir Augenzeuge einer Beerdigung eines achtjährigen Mädchens nach katholischem Ritus. Unter dem Gefolge waren zwei Abordnungen der ortsanwesenden bayerischen Fußartillerie zu sehen. Wir erfuhren, daß das Mädchen den Tod erlitten hatte durch einen Gewehrschuß, der unvorsichtig losgegangen, drei Türen durchschlug und im Schulzimmer das Mädchen traf. Am 31. Dezember 1914 wurden wir nach dem 5 km entfernten Beveren-Waes verlegt und bezogen in unbewohnten Häusern Quartier. Strohsäcke wurden aus dem Kloster geholt. Die Heizung fehlte natürlich für diese Nacht, und wurde die von der Kompagnie gelieferte Viertelflasche Rum als guter Wärmeerzeuger gern genommen.

Am Neujahrsmorgen wurde uns beim Appell eine Ueberraschung. Unser Herr Kompagnieführer bot uns nach fünf Monaten Zusammensein das erstemal einen „Guten Morgen, Pioniere!". Anschließend gab er einen Rückblick über die fünf Monate Kriegstätigkeit des deutschen Heeres und endigte mit dem Wunsche, daß das neue Jahr den Frieden bringen möge.

Die folgende Zeit haben wir ausgiebig mit Axt, Hacke und Spaten gearbeitet, um Sicherungsarbeiten an Wegen und Grenzgebieten vorzunehmen. Diese Arbeiten wurden im Januar und Februar durch zeitweise tägliches Regenwetter und durch höchstens ein Spatenblatt tiefstehenden Grundwassers sehr beeinträchtigt. Besser wurde es Ende Februar und März, so daß man tagsüber auf trockenem Boden arbeiten konnte. Die Orte links der Schelde, im Bereich A.s, sind vom Kriegsschrecken verschont geblieben, und war somit die Bevölkerung etwas freundlicher gegenüber den Deutschen gesinnt, als wir es bisher gewohnt waren.

Am 18. März 1915 kam die Kompagnie nach Hoboken Fort 8 und 7 der inneren Fortlinie von A. Ein stärkeres Kommando war einige Tage früher nach Fort 8 gekommen, um Vorarbeiten auszuführen. Im Fort wurden derzeit Arbeiten erledigt zum Schutze vor feindlichen Fliegerangriffen auf die in H. befindliche Werft, in der für die deutsche Heeresverwaltung gearbeitet wurde.

Die vermuteten „höheren" Besuche ließen nicht allzu lange auf sich warten. Am 24. März 1914, morgens 8½ Uhr, verriet das Surren die Nähe von Flugmaschinen. Der Himmel war teilweise bedeckt, und plötzlich kam ein Flugzeug im Gleitflug aus den Wolken den Scheldestrom aufwärts nach der Werft, wo mehrere Bomben aus nicht zu großer Höhe geworfen wurden. Der dadurch entstandene Sachschaden war gering; jedoch waren ein toter und drei verwundete Arbeiter zu beklagen. Von letzteren erlag noch einer seinen Verletzungen. Während der eine Flieger unten seine Eier abwarf, hielt sich ein zweiter gerade über in etwas sichtigen Wolken und beobachtete. Durch starke Beschießung mittels Kanonen und Maschinengewehren aus verschiedenen Stellungen, wurden die Flieger stark bedroht und verschwanden im Gewölk in nordwestlicher Richtung. Obwohl man annehmen konnte, daß die Flieger mehreremal getroffen sein konnten, war es ihnen möglich, zu entkommen. Nach späteren Meldungen soll einer in Holland gelandet sein. Ein zweiter Besuch erfolgte am 1. April 1915, morgens 7½ Uhr, durch ein Flugzeug. Dieses hatte aber noch weniger Erfolg; denn die Bomben fielen in der Nähe der Werft auf freies Feld. Die Beschießung veranlaßte die schleunige Flucht des Flugzeuges. Am 3. April 1915, abends 5 Uhr, erschien in sehr großer Höhe wiederum ein Flugzeug; dieses kam aber nicht zur Tätigkeit und verschwand ebenfalls wieder, als es sich bedroht sah.

Am 14. Mai 1915 wurde ein Kommando, zu dem auch ich gehörte, nach dem Fort 6 beordert. Dort sollte im Wallgraben nach Pulvertonnen und -kasten gefischt werden. Das Ergebnis war sehr überraschend. Es wurden täglich bis zu 80 Tonnen und Kasten mit durchnäßtem Pulver dem Wasser entzogen. Da ein sehr starker Prozentsatz Salpeter in dem nassen Pulver festgestellt wurde, wurde durch entsprechende Anlagen die Ausbeute planmäßig gefördert. Ich habe mir bei dem Herausheben der etwa zwei Zentner schweren Pulverkasten aus dem Wasser eine Muskelzerrung im Rücken zugezogen, wodurch ich noch vier Wochen an Bett und Zimmer gefesselt wurde.

Am 12. Juni 1915 wurde unsere Kompagnie nach Burght verlegt. Dort lösten wir die erste Landsturm-Pionier-Kompagnie des dritten bayerischen Pionier-Bataillons von der Brückenwache ab. Die Uebernahme der Brücke war unserer Kompagnie ja nicht fremd, da die Brücke durch uns gemeinsam mit der bayerischen Pionier-Kompagnie im November 1914 gebaut wurde. Eine kurze Beschreibung über den Bau der Brücke ist in der eingangs erwähnten früheren Schilderung enthalten. Ich kann mich somit in folgendem auf die Wiedergabe des Betriebes und Instandhaltung dieser Kriegsbrücke beschränken. Es wird den Kameraden und Lesern dieses Blattes von Interesse sein, etwas über den Betrieb und Erhaltung einer solchen Brücke zu erfahren, und zwar als Illustration zu den im „Zimmerer" erschienenen Artikeln über „Die Zimmerleute des Kriegsschauplatzes", worin auch der Bau von Kriegsbrücken beschrieben wurde.

Unsere Brücke bedarf eines stärkeren Aufgebotes von Mannschaften, da sie zweimal täglich (vor- und nachmittags je anderthalb Stunden) für den Schiffsverkehr geöffnet ist. Die Oeffnung erfolgt durch Ausfahren dreier Brückenglieder mit je zwei Schiffen als Unterstützung. Ein Glied fährt immer gegen den Strom und zwei Glieder mit dem Strom aus und legen sich, durch die Ankertaue und Seitentaue gehalten, hinter die festbleibenden Brückenteile, so daß die Oeffnung der Brücke (hier etwa 40 m) zur Durchfahrt freibleibt.

Zu dieser Tätigkeit sind 36 Mann und drei Brückengliedführer benötigt, wovon auf jedes Glied ein Führer und zwölf Mann verteilt sind. Die Funktionen der Mannschaften auf den einzelnen Gliedern ist folgende: Je vier Mann für zwei Winden an den aufzuholenden Ankertauen und für zwei Winden je ein Mann zum Ablassen der Ankertaue auf der entgegengesetzten Seite der Fahrtrichtung des Brückengliedes. Ferner ein Mann zur Bedienung der Seitentaue und ein Mann für die Steuerung der Brückenglieder. Der Tautrupp (vier Mann) hat die Aufgabe, die Seitentaue zur Ausfahrt der einzelnen Brücken auszulegen und beim Schluß wieder einzuholen. Ferner hat dieser Trupp auf die gute Verbindung und Befestigung der Ankertaue an allen Schiffen der Brücke zu achten.

Der Unterlagetrupp (vier Mann) hat für die gute Beschaffenheit eingebauter Unterstützungen für die Brückendecke, für diese selbst und für das Brückengeländer zu achten und notwendige Reparaturen auszuführen.

Während des Brückenöffnens liegt ein Rettungsboot mit drei Mann Bedienung unterstrom der Brücke, um bei einem eventuellen Unfall sofort zur Stelle zu sein. Ferner hat es an der Oeffnungsstelle während der Durchfahrt der Schiffe den Personenverkehr über die Brücke durch Uebersetzen aufrechtzuhalten.

Für die Regelung des Schiffverkehrs dienen die Ober- und Unterstromwachen, je ein Wachhabender und fünf Mann, wovon drei Mann als Posten und zwei Mann zur Bedienung eines Motorbootes Verwendung finden. Die Wache hat ferner die Aufgabe, die Schiffe in entsprechender Entfernung von der geschlossenen Brücke zu halten. Zur Durchfahrt läßt sie die Schiffe in entsprechenden Abständen abfahren, damit, besonders mit Strom zur Brücke, vor dieser keine Kollisionen entstehen können. In der Nähe der Brücke, oberstrom, liegt außerdem noch ein unter Dampf gehaltener Schleppdampfer, der bei eventuellem Malheur zur Hilfe bereit ist.

Diese Brücke muß infolge der starken Ebbe und Flut nach beiden Seiten der Stromrichtung sehr gut verankert sein. Die Verankerung ist durch etwa 150 m lange, ein Zoll starke Drahttaue an 8 bis 12 Zentner schweren Ankern befestigt. Jedes Schiff hat nach jeder Seite der Brücke einen Anker, außerdem ein um das andere Schiff ebenfalls an beiden Seiten einen Reserveanker liegen. Nach den Landseiten sind noch schräge Seitenverankerungen angebracht, um die Bewegung der Brücke in der Stromrichtung abzumindern. Reserven an Ankern und Tauen müssen immer vorhanden sein; denn bei Sturm mit hohem Wellengang hat die Brücke furchtbare Gewalt auszuhalten, und kommt es vor, daß mit der Zeit schlechtgewordene Ankertaue reißen.

Folgende Zeilen lasse ich hier anschließen, obwohl sie zeitlich nicht hierher gehören, aber eine größere Reparatur an der Brücke skizzieren, die Mitte Januar 1916 vorzunehmen notwendig war. Es betrifft den 26,50 m langen freitragenden Gitterträger (Hauwsche Träger), welcher auf westlicher Seite der Brücke die bewegliche Verbindung von feststehender Landbrücke zur schwimmenden Schiffsbrücke herstellt. Dieser Träger hatte sich nach der Mitte zu nach einer Seite durchgeschlagen, so daß der Brückenbelag eine Neigung nach einer Seite hatte. Die genügende Sicherheit für bestimmte Haltbarkeit war somit nicht mehr verbürgt. Die maßgebenden Persönlichkeiten beschlossen, diesen Träger durch einen bereits nach dem Bau der Brücke gefertigten Reserveträger zu ersetzen.

Am 12. Januar 1916 erfolgte die Vorbereitung zur Entfernung des alten Trägers. Den folgenden Tag wurden bei niedrigem, aber steigendem Wasserstande zwei große Hebepontons unter den Träger gebracht. Nachdem die letzten Befestigungen gelöst waren, hob sich der Träger aus seinen Lagern und konnte mittels Dampfers bei annähernd höchstem Wasserstande abgeschleppt werden.

Mit dem gleichen Hochwasser wurde der Reserveträger, ebenfalls auf solchen Pontons liegend, in die Oeffnung eingefahren, um bei wieder fallendem Wasser zuerst auf das Lager auf der schwimmenden Schiffsunterstützung wasserwärts gesetzt zu werden. Da dieses Ende um etwa 80 cm tiefer lag als das Lager, mußte es mit Hilfe von Winden und Faschenzügen um diese Differenz gehoben und etwa 1,40 m nach der Mitte des Schiffes zu auf das Lager gebracht werden.

Um den Träger in das feststehende Lager auf der Landseite einzusetzen, mußte das Wasser noch um zirka 2,50 m fallen. Zur entsprechenden Zeit wurde auch dieses mit Hilfe von beiderseits der Brücke nach dem Land befestigten Flaschenzügen bewerkstelligt. Diese Arbeit war ohne größere Schwierigkeiten gelungen, so daß auch die den Träger auf dem Lager haltenden Zugstangen bereits fest waren.

Jetzt trat ein unerwartetes Ereignis ein. Anstatt daß das Wasser noch für anderthalb Stunden Zeit fallen mußte, trat sogleich wieder Flut ein, infolge starken Nordostwindes. Die unter dem Träger befindlichen Pontons konnten nicht entfern werden, und mußte der Träger von dem feststehenden Lager wieder gelöst werden, um durch das schnell steigende Wasser das Reißen des Lagers oder das Absaufen der beiden Pontons zu vermeiden. Den folgenden Tag wurde diese Arbeit bei tiefer wegfallendem Wasser glatt ausgeführt.

Als erwähnenswerte notwendige Arbeiten sind noch hierzu anzuführen: Die drei Brückenglieder mit je zwei Schiffen als Unterstützung wurden ausgefahren, um für die etwa 100 m lange Brückenstrecke bis zum einzubauenden Träger Bewegung land- und wasserwärts verschaffen zu können. Diese Bewegung wurde durch obenerwähnte beiderseits der Brücke angebrachten Flaschenzüge und eines solchen über der Durchlaßstrecke, an den schwimmenden Enden der Brücke befestigt, festgehalten. Am gleichen Tage, der uns das Hindernis obenbeschriebener Art brachte, hatte auch das Hochwasser Ueberflutung im Gefolge, die an allen Küstenorten der Nordsee bis tief in das Land hinein großen Schaden verursachte. Vor unserm Hause stand das Wasser 1,50 m auf der Straße, die sonst bei normaler Flut noch zirka ½ m höher liegt. In den Häusern waren die Türen und Kellerlöcher mit Brettern abgedichtet, jedoch nicht überall mit Erfolg. Vor unserm Quartier, einem Saal, stand das Wasser ebenfalls noch 60 cm hoch vor der abgedichteten Tür, und strömte das Wasser mit reißender Gewalt durch Hof und Garten nach dem tieferliegenden Teil des Ortes. Um 10½ Uhr abends war der höchste Stand erreicht.

Am 15. Januar 1916 wurde die Belastungsprobe des eingebauten Trägers vorgenommen. Die Belastung betrug annähernd 400 Zentner Gesamtlast. Die im Träger eingebaute Spannung betrug 5 cm. Durch die Probebelastung wurde sie vermindert auf 1½ cm, mit dem Abnehmen der Belastung ging diese wieder bis auf 3 cm aufwärts.

Am 17. Januar 1916 hatten wir die Beerdigung eines Kameraden vorzunehmen. Dieser mußte infolge einer Darmverschlingung im Festungslazarett zu A. sein Leben lassen. Ihm, der seit ihrem Ausrücken der Kompagnie angehörte, bewahren alle Kameraden ein ehrendes Andenken.

Trotzdem nun am Kriegshorizont noch keine Lichtung zu sehen ist, die auf eine baldige Beendigung dieses Völkerringens schließen läßt, gewinnt doch der Wunsch auf baldigen Frieden immer größeren Raum.

Mit kameradschaftlichem Gruß G. J.

Literarisches.

Vom „Wahren Jacob" ist soeben die 6. Nummer des 33. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 ₰. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 13 des 26. Jahrganges zugegangen. Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 ₰. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 ₰, unter Kreuzband 85 ₰. Jahresabonnement M. 2,60.

Von der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung" liegt Nr. 6 vor. Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" erscheint alle 14 Tage Mittwochs und ist zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von 40 ₰ pro Quartal.

Briefkasten der Redaktion.

Gronau, Ad. M. Solche Anzeigen dürfen im „Zimmerer" nicht aufgenommen werden. Wenn dort ein früheres Mitglied noch Verpflichtungen hat, so ist der Sachverhalt dem Zentralvorstande mitzuteilen, der dann eventuell eingreift.

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 2. April:

Uelzen: Nachm. 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus (kleiner Saal).

Achtung!

Zahlstelle Glogau.

Die Adresse des Kassierers ist vom 1. April: [70 ₰]

Mohrenstraße 12, 2. Et.

Verleger: Fr. Schrader, verantwortlicher Redakteur: August Bringmann, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.